



## Parteitag der LINKEN

- Ein Programm mit Längen und Kanten *Seite 3*
- SOZIAL. GERECHT. FRIEDEN. FÜR ALLE *Seite 20*



## DIE LINKE in LOS

- Storkower Militärspektakel nicht unkommentiert *Seite 6*
- Die Kreistagsitzung am 21. Juni *Seite 8*



## Fürstenwalde

- Fehlende Plätze und keine Konzeptionen in der Grundschulentwicklungsplanung *Seite 19*

2007–2017 – 10 Jahre DIE LINKE in der Bundesrepublik Deutschland

## DIE LINKE flucht, lacht und kämpft!

von Thomas Nord



Im Plenarsaal des Bundesparteitages der LINKEN am 9. Juni in Hannover

Foto: DIE LINKE

Vor wenigen Tagen ging der Bundesparteitag der Partei DIE LINKE in Hannover zu Ende. Drei ereignisreiche Tage wurden gebraucht, um ein Bundestagswahlprogramm zu verabschieden und eine Verständigung zur Wahlkampfstrategie zu vollziehen. Beide Aufgaben wurden erfolgreich gemeistert und so konnte wenige Tage später, am 16. Juni 2017, der 10. Geburtstag der Partei entspannt gefeiert werden. Wie der Parteitag hatten es diese zehn Jahre in sich. Schon die Geburt war widersprüchlich und alles andere als reibungslos. In den Quellparteien ging es oft drunter und drüber. Sowohl in der PDS als auch der WASG musste vieles in Frage gestellt, mussten Kompromisse gefunden und Widerstände überwunden werden. Mitunter stand der Erfolg des Unternehmens ernsthaft in Frage. Letztlich gelang es doch. Gregor Gysi, Oskar Lafontaine

und Lothar Bisky setzten sich durch. Die Gründung der LINKEN wird immer ihr historischer Verdienst bleiben. Der Erfolg der Partei bei den Bundestagswahlen 2005 und 2009 gab ihnen Recht. Es war Zeit für eine neue soziale Idee und die Idee ergriff nicht wenige Wählerinnen und Wähler.

Aber das Wachstum bei den Wahlen in Bund und Ländern überholte den Parteibildungsprozess. Kompromisse brachen wieder auf, innerparteiliche Widersprüche entfalteten sich wichtig, die Bindungskraft der Führungspersonlichkeiten ließ nach. Flügelkämpfe drohten die Fünfjährige 2012 zu zerreißen. Der heiß umkämpfte Parteitag in Göttingen brachte das Projekt definitiv an den Rand der Spaltung und des Scheiterns.

Nur noch vier Prozent der Menschen im Land waren bereit, diese Partei zu wählen. Es war höchste Zeit DIE LINKE als gesamtdeutsche Partei zu sanieren, die Quellparteien hinter sich zu lassen und das Fundament für eine starke, sich erneuernde Partei zu legen. Es gelang und die Bundestagswahlen 2013 brachten nicht den zu befürchtenden Absturz, sondern die Stabilisierung. DIE LINKE wurde Oppositionsführerin im Deutschen Bundes-

von  
**Thomas Nord,**  
Bundesschatzmeister  
der Partei  
DIE LINKE

tag. Sie gewann Zeit für qualitative Veränderungen, für inhaltliche Debatte, organisatorische Neuformierung, außerparlamentarische Erneuerung und Verankerung in der Gesellschaft.

Wieder fünf Jahre später kann man sagen, dass dieser Prozess bei weitem noch nicht abgeschlossen ist, aber vieles spricht dafür. DIE LINKE ist quicklebendig und kann mit Optimismus auf die kommenden Wahlen schauen. In außerordentlich bewegten Zeiten hat sich die Partei neu aufgestellt und gelernt, innerparteiliche Widersprüche ohne Selbstzerstörung auszufragen oder zumindest auszuhalten. Das ist nach wie vor nicht vergnügungssteuerpflichtig, aber eine große historische Leistung. Um sie richtig einzuordnen, muss man einmal kurz in die Geschichte deutscher oder auch anderer linker Parteien schauen. Es bleibt vor allem in Ostdeutschland das bleibende Verdienst zehntausender Mitglieder der PDS, für diese neue Partei den Weg geebnet und Voraussetzungen für ihren Erfolg mitgeschaffen zu haben. Zugleich ist es gelungen, die neue Partei in allen Bundes-



Parteivorsitzende Katja Kipping und Bundesgeschäftsführer Mathias Höhn schneiden die Geburtstagstorte an.  
Foto: Martin Heinlein

ländern zu verankern. Noch nicht ausreichend, wie die letzten Landtagswahlen gezeigt haben. Auch im Osten gibt es tiefe Umbrüche, muss ein Generationenwechsel gemindert werden. Grund zum Optimismus gibt es trotzdem.

Die Bundestagswahlen 2017 werden die Nagelprobe, ob es der LINKEN gelungen ist, ihre Rolle in der bundesdeutschen Wirklichkeit zu finden und sie ihrem Anspruch,

die Gesellschaft zu verändern, gerecht wird. Wie sie das schaffen will, hat sie auf dem Bundesparteitag in Hannover umfangreich beschrieben. Es lohnt, die Reden von Katja Kipping, Bernd Riexinger, Dietmar Bartsch, Gregor Gysi und Sahra Wagenknecht zu lesen und sich nicht auf ihre mediale Widerspiegelung zu verlassen. Wer ersteres tut, wird feststellen, dass es allen führenden Repräsentant\*innen der Partei um das friedens- und sozialpolitische Profil der LINKEN geht, darum dieses Land, das auch unseres ist, zu verändern. Über die Tiefe der dazu notwendigen Schritte herrscht nicht immer Einigkeit, auch nicht über den Weg. Aber diese Differenzen werden inzwischen konstruktiv ausgetragen und verhindern nicht gemeinsames Handeln, innerhalb und außerhalb der Parlamente. Im Bundestagswahlkampf wird DIE LINKE die 2007 versprochene neue soziale Idee definieren.

Sie wird für sie kämpfen und damit für ihre Ziele. Für existenzsichernde Renten und eine soziale Mindestsicherung, für höhere Mindestlöhne und gegen prekäre Arbeitsverhältnisse, gegen Kinderarmut und die Gleichstellung der Geschlechter, für bezahlbare Mieten und eine solidarische Gesundheitsversicherung. Einen Neustart der Europäischen Union, den sozial-ökologischen Umbau, lebenswerte Kommunen und vieles andere. Jedes einzelne Ziel ist den Kampf wert. Ist es wert, für eine starke LINKE im kommenden deutschen Bundestag zu kämpfen. Und Eines ist dabei ganz sicher, niemals werden wir bei all diesen Auseinandersetzungen vergessen, dass ohne Frieden alles nichts ist.

**DOKUMENTIERT**

**Wer, wenn nicht wir? Wann, wenn nicht jetzt?**

Die Zukunft, für die wir kämpfen: SOZIAL. GERECHT. FRIEDEN. FÜR ALLE. Am 11. Juni haben wir unser Wahlprogramm beschlossen. Wir wollen, dass unser Leben gerecht und planbar wird, dass jede und jeder vom Lohn der Arbeit gut und sicher leben kann, der gesetzliche Mindestlohn zügig auf 12 Euro erhöht und Dauerbefristungen, Leiharbeit und der Missbrauch von Werkverträgen beendet wird. Arbeitslosigkeit darf nicht zum sozialen Absturz führen. Statt Hartz IV wollen wir eine sanktionsfreie Mindestsicherung von 1050 Euro. Wir wollen das Rentenniveau auf 53 Prozent erhöhen. Niedrige Löhne müssen in der Rente aufgewertet werden und eine Mindestrente von 1050 Euro soll Altersarmut verhindern.

Wer soziale Gerechtigkeit will, muss den Mut haben, sich mit Millionären und Superreichen anzulegen. Wir sind die einzige Partei die klar sagt: Millionäre und Millionärinnen müssen angemessen besteuert

werden, um in Schulen, Kitas und Krankenhäuser zu investieren – was dringend nötig ist. Dazu wollen wir eine Steuer auf Vermögen oberhalb einer Million Euro einführen. Kleine und mittlere Einkommen wollen wir deutlich entlasten und im Gegensatz den Spitzensteuersatz anheben.

Wir sind eine verlässliche Friedenspartei. Wir wollen Waffenexporte stoppen und die Auslandseinsätze der Bundeswehr beenden. Merkel will sich dem Druck von Donald Trump und der NATO beugen und massiv aufrüsten. Die Militärausgaben sollen nahezu verdoppelt werden – das ist wahnsinnig. Dieses Geld brauchen wir für dringend nötige Investitionen in bessere Schulen, Krankenhäuser, Straßen und Internetinfrastruktur.

Die Reden unserer Spitzenkandidatin Sahra Wagenknecht und unseres Spitzenkandidaten Dietmar Bartsch, unserer Parteivorsitzenden Katja Kipping und Bernd Riexinger und

des Präsidenten der Europäischen Linken, Gregor Gysi, findet ihr in unserem Youtube-Kanal ([https://www.youtube.com/playlist?list=PLv7VbNvaiKY\\_YszBCM50kp2U\\_vALMcD6D](https://www.youtube.com/playlist?list=PLv7VbNvaiKY_YszBCM50kp2U_vALMcD6D)). Fotos vom Parteitag sind auf unserem Flickr-Kanal ([https://www.flickr.com/photos/die\\_linke/sets/72157684849861365](https://www.flickr.com/photos/die_linke/sets/72157684849861365)) veröffentlicht. Auf unserer Website (<https://www.die-linke.de/partei/parteistruktur/parteitag/hannoverscher-parteitag-2017/>) haben wir Reden, Grußworte und weitere Materialien vom Parteitag veröffentlicht. Das Wahlprogramm in der endgültigen beschlossenen Fassung ist auf unserer Website (<https://www.die-linke.de/wahlen/wahlprogramm/>) veröffentlicht.

Nur mit einer starken LINKEN kann sich wirklich was ändern. Je stärker DIE LINKE, desto mehr Druck für eine soziale und gerechte Politik.

Quelle: Sondernewsletter der LINKEN, [newsletter@die-linke.de](mailto:newsletter@die-linke.de)

## ■ Ein Programm mit Längen und Kanten

DIE LINKE will mit einem ambitionierten Wahlprogramm den Politikwechsel im Bund voran treiben



Das Programm maß im Entwurf bereits über 100 Seiten wurde aus der Mitgliedschaft mit rund 300 Änderungsanträgen bedacht. Den Delegierten des Hannoverschen Parteitag stand also am Wochenende vom 8. bis 11. Juni ein umfangreiches Arbeitsprogramm bevor.

Der vom Parteivorstand vorgelegte Entwurf mit dem Titel „Sozial. Gerecht. Für alle.“ deckt alle Brot- und Butterthemen der Partei ab und bietet unterscheidbare Alternativen in allen wichtigen Politikfeldern. Der Markenkern der sozialen Gerechtigkeit wird so vor allem bei den Themen Rente, Mindestlohn, Grundsicherung und Steuern deutlich. Als einzige Partei fordert DIE LINKE einen Bruch mit dem Hartz-IV-System, einen Min-

destlohn, der nicht zu Altersarmut führt und eine Steuerpolitik, die kleine und mittlere Einkommen deutlich entlastet und die Wohlhabenden zur Kasse bittet, statt nur Kosmetik zu betreiben.

Teilweise verliert sich das Programm dennoch an mancher Stelle im spartenpolitischen Klein-Klein. Was zum Beispiel ein Absatz über den Friedensprozess in Kolumbien in einem Programm für die Bundestagswahl zu suchen hat, erschließt sich auch auf den zweiten Blick nicht. Nachteiliger als solche Kleinigkeiten hat sich jedoch mancher Änderungsantrag bzw. die Ablehnung eines solchen erwiesen. So zählt das Programm zahlreiche Krisen- und Konfliktherde der Erde und Länder auf, aber die Delegierten konnten sich nicht dazu durchringen, auch Russlands Besetzung der Krim oder seine Beteiligung am Krieg in der Ukraine zu kritisieren. Dabei wäre DIE LINKE gut beraten, ihre friedenspolitische Leitlinie beizubehalten, für Gewaltlosigkeit zu werben, statt sich auf die Seite einer Konfliktpartei zu schlagen. Die konsequente Ablehnung kriegerischer Maßnahmen als Mittel der Politik und das Festhalten am Völkerrecht seit Gründung der Partei und ihrer Vorgängerin PDS sind der Grund für unsere hohe Glaubwürdigkeit in der Frage von Krieg

und Frieden. Auch der bloße Anschein einer Parteinahme entlang längst überkommener Blockgrenzen setzt diese Glaubwürdigkeit aufs Spiel.

Dass man es aber auch bei der Friedensfrage übertreiben kann, zeigt die Debatte um die Überschrift des Programms. Obschon auch die Entwurfs-Überschrift „Sozial. Gerecht. Für alle.“ ihre Kanten hat, war dennoch eine gewisse Plakattauglichkeit vorhanden. Die Debatte um den Änderungsantrag, das Wort Frieden auch in die Überschrift einzufügen, ganz gleich, ob es hier passt oder nicht, trug Züge der zum geflügelten Wort gewordenen Frage aus der DDR, wie man es denn insgesamt mit dem Frieden halte. So lautet die Überschrift nun „Sozial. Gerecht. Frieden. Für alle.“ und die Agenturen der Partei sind um die undankbare Aufgabe reicher, diese sperrige Slogan in die Wahlkampagne der Partei einzubetten.

Nichtsdestotrotz steht am Ende von drei intensiven Beratungstagen, die den Delegierten eine enorme Arbeitspensum und viel Sitzungsdisziplin abverlangten, nicht nur ein gutes Programm, sondern auch ein deutliches und glaubwürdiges Angebot für einen Politikwechsel, das wir gegenüber dem Wähler offensiv vertreten können.



von  
Sebastian Meskes,  
Woltersdorf,  
Parteitag delegierter  
der LINKEN Oder-  
Spree





von  
**Dr. Artur Pech,**  
Parteitagsdelegierter  
der LINKEN Oder-  
Spree, Mitglied des  
Präsidiums des Bun-  
desausschusses der  
LINKEN

## ■ SOZIAL. GERECHT. FRIEDEN. FÜR ALLE.

Unter dieser Überschrift geht DIE LINKE in den Wahlkampf zur Bundestagswahl am 24. September 2017. So hat es der Parteitag in Hannover beschlossen. Damit wurde der Entwurf der Vorsitzenden von Januar 2017 und der Leitantrag des Parteivorstandes von April 2017 um einen wesentlichen Punkt ergänzt: FRIEDEN.

Unser Wahlprogramm umfasst 136 Seiten und ist in voller Länge im Internet nachlesbar unter <https://www.die-linke.de/wahlen/wahlprogramm/>. Es bestimmt die Positionen der LINKEN zu vielen brennenden Problemen.

Ich will mich auf wenige ausgewählte Fragen des Ablaufs und des Inhalts des Parteitages beschränken. Denn wenn es zu einem Wahlprogramm rund 1 500 Änderungsanträge gibt, dann haben wir zwei Probleme. Das Formale: Einbringung, Für-Rede, Gegen-Rede und Abstimmung erfordert für jeden zu behandelnden Änderungsantrag rund vier Minuten. Das kann bei dieser Zahl von Änderungsanträgen kein Parteitag leisten. Folglich gab es viele Gespräche zur Übernahme, Teilübernahme oder auch Rücknahme von Änderungsanträgen, um für die Antragsbehandlung zu einer machbaren Größe zu kommen.

Das Inhaltliche: Um Zeit zu gewinnen, schlug der Parteivorstand vor, eine Reihe von mündlichen Berichten an den Parteitag vom Zeitplan zu streichen – darunter den Bericht des Ältestenrates. Das sah dann die Mehrheit der Delegierten des Parteitages anders. Sie stimmten einem Antrag aus den Reihen der Brandenburger Delegation zu und Hans Modrow kam auf dem Parteitag zu Wort. Es ist eben keine formale oder Zeitfrage, in aktuellen Auseinandersetzungen auch immer den Blick durch ihre Einordnung in grundsätzliche übergreifende Prozesse zu weiten.

Im Vorfeld des Parteitages gab es viele Anträge, den Frieden in unserem Wahlprogramm stärker zu gewichten. Dabei ging es in meinen Augen nicht um einzelne Inhalte des Kapitels „Nein zum Krieg. Für eine demokratische und gerechte Welt“. Es ging um die grundsätzliche Rolle des Kampfes um Frieden in unserem Wahlprogramm.

Viele Antragsteller meinten der Bedeutung der Friedensfrage sei besser Rechnung zu tragen, wenn das Friedenskapitel im Text des Wahlprogramms weiter nach vorn gezogen würde. Im Leitantrag erschien es als Kapitel XIV, im dann beschlossenen Wahlprogramm rückte es durch die Einfügung eines weiteren Kapitels in der Nummerierung noch einen Platz weiter nach hinten.

Ich meine, die Nummer des Kapitels ändert an seinem Inhalt und an seiner Bedeutung nichts. Wichtiger ist etwas anderes: Unter anderem aus den Kreisverbänden Potsdam-Mittelmark und Brandenburg an der Havel gab es den Antrag, das Gewicht der Friedensfrage im Titel des Wahlprogramms auszudrücken.

Und das sah dann eine Mehrheit der Delegierten des Bundesparteitages auch so. Ich halte diese Einfügung für einen der wichtigsten Schritte vom Leitantrag zum Wahlprogramm.

Und ich füge hinzu: Der Frieden ist zu wichtig, der Krieg ist uns schon zu nahe gekommen, um diese Frage parteipolitisch mit dem Blick auf die Farbenlehre möglicher oder unmöglicher Koalitionen zu deklinieren. Und sie wird uns mit aller Deutlichkeit einholen, wenn im September – also mitten im Wahlkampf – der planmäßige halbjährliche Austausch der NATO-Truppen an der Russischen Grenze ansteht.

Die Bedeutung der Friedensfrage für die Delegierten des Parteitages ist selbst der Berichterstattung durch das ZDF nicht entgangen. Sie widmeten ihr eine durch-

aus passende Fotomontage (siehe Screenshot unten).

Schließlich will ich noch auf das Thema und die Europäische Union eingehen.

Wie in meinem Vorbericht zum Parteitag dargestellt, gab es dazu intensive Diskussionen (Widerspruch 6/2017).

Noch im vorigen Jahr waren auch aus der LINKEN Fürreden für eine „Europäische Armee“ zu vernehmen, wenn es hieß, „Eine Europäische Armee ist ein Friedensprojekt“ (*Wer, wenn nicht wir? Wann, wenn nicht jetzt?*)

Das ist nicht die Position der LINKEN. Unser Wahlprogramm ist da unmissverständlich:

„Der Ausbau einer ‚Verteidigungsunion‘ oder ‚Militärunion‘, die Schaffung einer europäischen Armee und andere Vorhaben der Militarisierung führen nicht zu mehr Sicherheit für die Menschen in Europa, sondern sichern Konzerninteressen militärisch ab. Wir wollen die Militarisierung der EU beenden. Sicherheit gibt es nur mit konsequenter Friedenspolitik und Förderung globaler Gerechtigkeit statt Standortkonkurrenz.“

Die von mir in der Juni-Ausgabe des Widerspruchs kritisierten Änderungsanträge hat der Parteitag abgelehnt. So blieb es bei den prinzipiellen Positionen, die im Leitantrag vorgezeichnet waren.

DIE LINKE steht im Wahlkampf und nach der Wahl zu ihren Positionen:

**SOZIAL. GERECHT. FRIEDEN.  
FÜR ALLE.**



Fotomontage im ZDF, Quelle: <https://www.zdf.de/politik/standpunkte/bericht-vom-parteitag-die-linke-in-hannover-100.html>, 24.6.2017, 14.03 Uhr

Eine umfassende Berichterstattung zum Parteitag ist in der Juni-Ausgabe des DISPUT (siehe Seite 8 unten links) enthalten. Im Internet kann er unter <https://www.die-linke.de/disput/archiv/2017/juni-2017/> als ePaper gelesen oder als pdf-Datei heruntergeladen werden.

Bestellungen der gedruckten Exemplare und Abonnements: Redaktion DISPUT, Kleine Alexanderstraße 28, 10178 Berlin, Telefon: (030) 24 00 95 10, Telefax: (030) 24 00 93 99, E-Mail: [disput@die-linke.de](mailto:disput@die-linke.de) c/o Anja Krüger

# Frieden und Abrüstung STATT Krieg und Waffenexporte

Im Jahr 2016 fanden laut der AG Kriegsursachenforschung der Universität Hamburg 32 Kriege und bewaffnete Konflikte in der Welt statt. Die meisten davon konzentrierten sich auf den Nahen und Mittleren Osten sowie den afrikanischen Kontinent. Syrien ist dabei das erste Beispiel, Jemen hingegen das am wenigsten beachtete, aber nicht weniger grausame. Afghanistan und Irak werden seit über 10 Jahren vom Krieg beherrscht.

An diesen Kriegen ist Deutschland entweder direkt mit der Bundeswehr beteiligt, wie in Afghanistan. Oder es befeuert die Konflikte indirekt durch Waffenlieferungen, wie im Falle der Türkei, die völkerrechtlich in Syrien interveniert. Deutschland exportiert Waffen nach Saudi-Arabien, das Krieg im Jemen führt und mittels Seeblockade lebenswichtige Einfuhren in das Land unterbindet. Insgesamt befindet sich die Bundeswehr, die laut Grundgesetz eine reine Verteidigungsarmee sein soll, in mittlerweile 13 Auslandseinsätzen – von Kampfhandlungen in Afghanistan über die Ausbildung malischer, irakischer und somalischer Soldaten bis hin zu sogenannten Aufklärungsflügen über syrischem Territorium. Deutschland betankt die Kampfjets der Anti-IS-Koalition, die immer wieder auch Zivilisten im Irak und in Syrien angreifen. Gleiches gilt für die amerikanischen Drohnenkriege, für die die Basen in Deutschland unerlässlich sind. Von deutschem Boden geht auch unter dieser Bundesregierung im 21. Jahrhundert Krieg aus.

Das zeigt, dass in Berlin Außenpolitik zunehmend mit der Waffe in der Hand gemacht und mit dem Panzer im Kopf gedacht wird. Sicherheit und Verantwortung sind innerhalb dieser Bundesregierung nur noch militärische Kategorien und die Erhöhung des Militärbudgets auf 2 Prozent des BIP wird zum Mantra, ohne dass dies auch nur irgendwo verbindlich festgeschrieben wäre. Bei neu aufflackernden Konflikten wird nicht als erstes gefragt „Was können wir tun?“, sondern „Welche Waffen liefern wir? Schicken wir die Bundeswehr oder nicht?“. Wer sich gegen Bundeswehreinheiten stellt, dem

wird wahlweise vorgeworfen, verantwortungslos zu sein oder nur zuschauen zu wollen, wenn anderswo Menschen abgeschlachtet werden. Bundeswehr oder Nichtstun – das ist die angebliche Alternative, vor die uns die herrschende Meinung zu stellen versucht, aber vor der wir gar nicht stehen. Die Antwort der Linken darauf ist die zivile und diplomatische Unterstützung bei der Beendigung der kriegerischen Auseinandersetzungen und langfristige Konfliktlösungsmechanismen BEVOR die Konflikte eskalieren. Die Beendigung aller Auslandseinsätze, der Stopp von Waffenexporten und die Beendigung der Ausbildungs- und Ausstattungshilfe für korrupte Regime gehen Hand in Hand mit unseren Forderungen nach einer Beseitigung der Ursachen für Kriege und Konflikte.

Zur Veranschaulichung: 2016 wurden im Etat des Auswärtigen Amtes 2,5 Mrd. Euro für „Sicherung von Frieden und Stabilität“ bereitgestellt und davon wiederum nur 30 Mio. Euro für Abrüstung, Rüstungskontrolle und Nichtverbreitung, während allein im ersten Halbjahr 2016 Rüstungsexporte im Wert von rund 4 Mrd. Euro genehmigt wurden.

Die Bundesregierung muss diese totbringende Rüstungsexportpolitik endlich beenden. Das Argument der Arbeitsplätze in dieser Branche darf nicht zählen bzw. kann und muss die militärische in zivile Produktion umgewandelt werden – also Konversion stattfinden. Wir wollen Arbeitsplätze schaffen ohne Waffen und nicht auf Kosten von Menschenleben.

Auch im Hinblick auf eine atomwaffenfreie Welt blockiert die Bundesregierung, statt sich dem Ziel des „Global Zero“ wirklich zu verschreiben. Bei den UN-Verhandlungen über die Ächtung von Atomwaffen will sie mit „Nein“ stimmen. Zur Begründung heißt es: Weil die Nuklearwaffenstaaten den Verhandlungen fern bleiben, sind diese von vornherein kontraproduktiv. Statt also Druck aufzubauen, soll lieber gewartet werden, bis diese Länder selbst zur Vernunft kommen. Dabei halten sie unser Schicksal in den Händen. Deutsch-

land wäre gefordert eine Vorreiterrolle zu übernehmen. Meine Fraktion und die Partei DIE

LINKE fordert seit langem die komplette Abrüstung dieser Massenvernichtungswaffen und den Abzug der amerikanischen Atomsprengköpfe aus Deutschland. Ich werde deswegen Ende Juni nach New York reisen und die UNO-Verhandlungen beobachten. Zudem werde ich abrüstungspolitische Gruppen vor Ort treffen, denn nur mit diesen zusammen kann es gelingen, wieder neuen Schwung in die internationalen Abrüstungsverhandlungen zu bringen.

Aus sicherheitspolitischem Eigeninteresse der Staaten wird sich in absehbarer Zukunft wohl noch weniger tun als in der Vergangenheit. Der öffentliche Druck auf die Regierungen muss wieder so stark werden, dass sie sich am Ende gezwungen sehen, sicherheitspolitische Zugeständnisse zu machen. Das hat beim Landminenverbot funktioniert, ein zweites Mal bei den Streubomben und ein halbes Mal beim Arms Trade Treaty, und es funktioniert bis heute – oder besser: könnte funktionieren, wenn wir denn in der Lage wären, eine ähnlich starke Kampagne zu einem neuen Abrüstungsprozess auf den Weg zu bringen.

Im Übrigen bin ich der Meinung, dass Deutschland keine Waffen mehr exportieren sollte. Jeder Rüstungsexport ist gleichbedeutend mit der Aufrüstung eines anderen Landes. Wer Abrüstung möchte, darf keine Aufrüstung betreiben, deshalb würde uns ein komplettes Exportverbot heute sehr viel Abrüstungsarbeit für die Zukunft ersparen.



von  
**Jan van Aken**,  
 Mitglied des Bundestages, Fraktion DIE LINKE,  
 Foto: DIE LINKE

Weitere Infos:  
[www.jan-van-aken.de](http://www.jan-van-aken.de)



von  
**Christopher Voß,**  
Vorsitzender  
DIE LINKE Oder-  
Spree

# DIE LINKE in Storkow lässt Militärspektakel in Storkow nicht unkommentiert

Genossinnen und Genossen der LINKEN Storkow waren mit einem Friedensspaziergang bei dem Tag der Bundeswehr in Storkow präsent, um das Militärspektakel nicht unkommentiert zu lassen. In vielen Gesprächen warben sie für eine Abkehr vom stetigen Umbau der Bundeswehr zur international agierenden Interventionsarmee.

Der Militärhaushalt soll in den nächsten Jahren um über 20 Mrd. Euro steigen und die Anzahl der Soldatinnen und Soldaten um mehrere tausend Personen aufgestockt werden. Damit zementiert die Bundesregierung eine Außen- und Sicherheitspolitik, die auf militärische Gewalt als ein favorisiertes Mittel zur Durchsetzung politischer und ökonomischer Ziele setzt. Schon heute sind über 3 000 deutsche Soldatinnen und Soldaten in Auslandseinsätzen im Einsatz – nachhaltig für Frieden können sie nicht sorgen.

Um die Bevölkerung von Militäreinsätzen zu überzeugen und junge Leute für den Kriegsdienst zu werben, führt die vom Verteidigungsministerium befehligte deutsche Armee seit 2015 einen „Tag der Bundeswehr“ durch. An dem Tag öffnet die



Armee an ausgewählten Standorten ihre Kasernentore oder präsentiert sich auf öffentlichen Plätzen mit einer Millionen-Euro schweren Propaganda-Show.

Dieses Jahr wurde der Tag der Bundeswehr auch in Storkow ausgerichtet. Die Stadt schloss sich diesem Tag mit ihrem Stadtfest an, welches sich über das zweite Juni-Wochenende erstreckte.

DIE LINKE Storkow kritisiert die Ausrichtung des Tages in Storkow, da solche Feste darauf abzielen, die Hemmschwellen gegenüber dem Dienst an der Waffe abzubauen und das Militärische mehr und mehr zu einem Teil des Alltags zu machen.

So trafen sich Genossinnen und Genossen aus dem Kreisverband Oder-Spree und andere friedensbewegte Storkowerinnen und Storko-

wer am 10. Juni im Stadtzentrum von Storkow, um über die steigende Aufrüstung und die Militärwerbung ins Gespräch zu kommen und um für eine friedliche Außenpolitik zu werben.

Dabei stießen sie auf viel Zustimmung. Auf sich aufmerksam machte der Ortsverband durch zwei LINKE-Fahrräder, die mit blauen Friedensluftballons bestückt wurden. Als praktischen Sonnenschutz nutzen sie Regenschirme, die zuvor von einigen Storkowern mit Friedensbotschaften bemalt worden waren.

Kritik formuliert der Ortsverband der LINKEN auch daran, dass das Militärspektakel in Storkow auch dazu dient, Kinder und Jugendliche näher an die Armee zu führen, die auch zahlreich an Panzerfahrzeugen und vor dem Ausbildungsstand zu sehen waren.

Die Bundeswehr ist eine von weltweit nur noch wenigen Streitkräften, die auch Minderjährige an der Waffe ausbildet und daher auch gezielt wirbt. Jährlich bildet die Bundeswehr so über 1 500 unter 18-Jährige an der Waffe aus. Uwe Tippelt, Ortsvorsitzender der LINKEN in Storkow, meint dazu: „Als Vater von zwei Kindern möchte ich nicht, dass sie ihr Leben für deutsche Dauereinsätze im Ausland riskieren.“

Abgerundet wurde die Aktion mit einem Flyer mit friedenspolitischen Forderungen der Ortsgruppe, welcher am darauf folgenden Mittwoch flächendeckend in der Stadt Storkow verteilt wurde.



Die soziale Dimension der Europäischen Union stärken

## Abgesang auf den patriotischen Frühling

Die Konstruktionsschwäche der Euro-Zone deckte die Finanzkrise 2008 auf. Eine Wirtschafts- und Währungsunion ohne eine gemeinsame politische Koordination von Wirtschafts-, Steuer- und Sozialpolitik ist auf Dauer nicht funktionsfähig. Aus der Rückbetrachtung der Großen Krise der 1920er Jahre läuft eine Finanzkrise in drei Wellen ab. Sie wandelt sich in eine Wirtschaftskrise und durch die Dauer der Wirtschaftskrise in eine soziale bzw. politische Krise, deren Größe in Demokratien am Wahlzuspruch für Parteien gemessen wird, die in den 20er und 30er Jahren des letzten Jahrhunderts die Abschaffung der Weimarer Republik forderten, und die Nazipartei setzte es durch.

In der heutigen Krise haben sich wiederum politisch reaktionäre Kräfte formiert, die konkret die Auflösung von Euro und EU anstreben, die den Weg in den souveränen Nationalstaat zurückgehen wollen und letztlich den Lernschluss aus den beiden Weltkriegen in Frage stellen. In der Mitte der EU-Wahlperiode von 2014 bis 2019 läuft die Welle der Europäischen Fliehkräfte durch das Zentrum der EU und stellt den politischen Zusammenhalt auf die Probe. Ihr Nadelöhr hat sie 2017 in den Wahlen in den Niederlanden, in Frankreich, in Deutschland und um ein Jahr vorgezogen am 1. Oktober in Österreich. In Italien wird spätestens Februar 2018 gewählt. Hier haben sich mit „5 Sterne“ politische Kräfte formiert, die aus dem Euro herauswollen. Sie sind nicht Mitglied der Fraktion Europa der Nationen und der Freiheit (ENF) im Europäischen Parlament.

Im Europaparlament haben sich 2015 nationalreaktionäre Delegationen, die aus dem Euro und der EU herauswollen, in der ENF zusammengeschlossen. Im Juni 2016 haben sich Heinz-Christian Strache von der Freiheitlichen Partei Österreichs (FPÖ) und Frauke Petry von der Alternative für Deutschland (AfD) getroffen, um in den Alpen gemeinsam die Zugspitze für eine symbolische – atmosphärisch mit der Heimat der 30er Jahre aufgeladenen – Fotoaktion zu erklimmen. In Wien trafen sich die Mitgliedsparteien der ENF werbe-

wirksam mit Geert Wilders von der Partij voor de Vrijheid (PvV) und Marine le Pen vom Front National (FN) und haben einen patriotischen Frühling ausgerufen.

Im Januar 2017 trafen sie sich in Koblenz, um das EU-Wahljahr 2017 mit einer politischen Offensive der ENF einzuläuten. Die Fraktionsvorsitzende le Pen proklamierte ein Europa à la carte. Ein AfD-Teilnehmer, Pretzell, bemühte mit dem Wiener Kongress von 1815, in dem Europa nach der napoleonischen Niederlage neu geordnet wurde, einen historischen Vergleich. Der FPÖ-Teilnehmer begrüßte le Pen überschwänglich als nächste Präsidentin der Republik Frankreich.

Die Wahlen in den Niederlanden im März, in Frankreich im Mai und Juni zeigen zwar einen gewachsenen Zuspruch für die nationalistischen Parteien. Aber er ist weit unterhalb der selbst gesetzten Ziele geblieben. Weder ist Geert Wilders PvV stärkste Kraft geworden, noch le Pen Präsidentin. In der Nationalversammlung hat der FN lediglich 8 von 577 Mandaten. Le Pen zieht erstmals dort ein.

Mit Beginn der parlamentarischen Sommerpause gehen die Wahlkämpfe in der Bundesrepublik und in Österreich in eine neue Phase. In Österreich besteht für die FPÖ eine realistische Möglichkeit zur Regierungsbeteiligung. Eine Erneuerung der zerbrochenen Koalition aus SPÖ und ÖVP dürfte nach den Neuwahlen nur schwer zu vermitteln sein. Dennoch hat die Kampagne »Patriotischer Frühling« den Zenit überschritten. Denn auch hier geht es um den Beifahrersitz. In Deutschland ist der Zuspruch zur AfD in den vergangenen Monaten stark gesunken. Dies liegt an inneren Zerwürfnissen in der AfD. An den sichtbaren Folgen, die die Wahl von populistischen Kräften im Vereinigten Königreich und den USA zeitigt. Aber auch an den politischen Folgen des Niedergangs des arabischen Frühlings.

Mit der Wahl des ehemaligen Bankers Emmanuel Macron zum französischen Präsidenten haben die neoliberalen proeuropäischen Kräfte in der Euro-Zone und der EU wieder die Initiative übernommen. Nach innen hat er einen

Entwurf für die Reform des Arbeitsmarkts vorgelegt, der die Unternehmer jubeln lässt, aber die Gewerkschaften blasen zum Protest. Macron setzt auf eine Überrumpelungsstrategie, die dem Protest keine Zeit lassen will, sich zu organisieren. Nach außen will er einen Erneuerungsimpuls für die deutsch-französische Achse setzen und knüpft bei Kohl/Mitterrand an.

Mit dem 5-Präsidenten-Bericht, dem Projekt Kerneuropa, dem Weißbuch der Europäischen Kommission, der Idee eines Europäischen Finanzministeriums und einem Budget für die Euro-Zone hat die Europäische Ebene Pläne für die Vollendung der Wirtschafts- und Währungsunion 2025 vorgelegt, mit denen sie zeitlich bereits hinter die Wahlperiode 2019 bis 2024 schaut. Der Europäische Rat erwartet hierzu eine konkrete politische Offensive nach der Bundestagswahl. Bei einer weitgehenden Souveränitätsverlagerung vom Nationalstaat in die EU, z. B. im Haushalts- und Steuerrecht, steht das konservative und nationalliberale Lager vor einer ernsthaften Zerreißprobe. Derweil sie das Schleifen der Arbeitnehmerrechte per Dekret begrüßen, warnen sie vor den Folgen der EU-politischen Linie Macrons für die deutsche Wirtschaft.

Wenn man durch eine marxistische Brille des Gegensatzes von Kapital und Arbeit schaut, hat sich das Kapital mit der Einführung des Euros europäisch aufgestellt. Die Währungskrise hat die EU seit 2008/9 existenziell auf die Probe gestellt. Die bisherigen Wahlergebnisse lassen vermuten, dass der Scheitelpunkt der dritten Welle der Krise überschritten ist. Ob diese Annahme gerechtfertigt ist, werden die Wahlergebnisse in Deutschland, Österreich und Italien zeigen. Die reaktionäre Renationalisierung scheitert aktuell an der neoliberalen proeuropäischen Modernisierung. Es ist jetzt die Aufgabe der LINKE, die soziale Dimension der EU als politisches Gegengewicht zum Neoliberalismus zu stärken. Auch eine Ausgleichsunion würde nicht die Flieh-, sondern die Zusammenhaltkräfte stärken. Eine starke LINKE in der EU und im Bundestag machen den Unterschied.



von  
**Thomas Nord**,  
Mitglied des Bundestages,  
Fraktion  
DIE LINKE

Kontakt:

- Wahlkreisbüro:  
Mühlenstraße 15,  
15517 Fürstenwalde  
Tel. (0 33 61) 34 26 18
- E-Mail:  
thomas.nord.ma04  
@bundestag.de
- Internet:  
www.thomas-nord.de

**Thomas Nord ist  
Direktkandidat  
der LINKEN zur  
Bundestagswahl  
im Wahlkreis 63  
– Landkreis Oder-  
Spree, Frankfurt  
(Oder).**

von  
Dr. Artur Pech  
Vorsitzender der  
Fraktion DIE LINKE  
im Kreistag Oder-  
Spree

## Der Kreistag am 21. Juni 2017

### Einen herzlichen Glückwunsch an Gundula Teltewschaja.

Bereits in der ersten Nachwendekommunalwahl in Schöneiche bei Berlin für die PDS in die Gemeindevertretung gewählt, gehörte sie über viele Wahlperioden unserer Fraktion in der Gemeindevertretung an.



Nach einem entsprechenden Vorschlag des Landrates wurde sie nun am 21. Juni 2017 mit den Stimmen von 38 der 51 anwesenden Abgeordneten des Kreistages zur dritten Beigeordneten des Landkreises Oder-Spree gewählt. Das ist ein Ausdruck des Respekts für ihre

fachliche Kompetenz, aber auch ein deutliches Zeichen für eine veränderte politische Kultur. Gerade mit Blick auf die anstehenden Entwicklungen im kommunalen Bereich werden wir ihrem Tätigkeitsgebiet der ländlichen Entwicklung die notwendige Aufmerksamkeit widmen.

In Vorbereitung auf die Wahl der Beigeordneten hatte die Fraktion auch die vom Landrat zur Wahl als Beigeordnete vorgeschlagenen Herrn Sascha Gehm und Michael Buhrke zu Gesprächen eingeladen. Beide nahmen unsere Einladung an und wir konnten feststellen, dass in kommunalpolitisch schwierigen Zeiten alle eine konstruktive Zusammenarbeit anstreben.

Gerade angesichts vieler kontroverser Diskussionen wurde in diesem Kreistag deutlich, dass der Landkreis Oder-Spree und die Stadt Frankfurt (Oder) ihre Zusammenarbeit im Interesse der Bürger weiter ausgestalten. Nach Vereinbarungen auch über den gemeinsamen Betrieb einer Leitstelle für den Rettungsbereich, die Zusammenarbeit bei der Erfüllung der Aufgaben des Landwirtschaftsamtes bestätigte der Kreistag am 21. Juni nunmehr eine Öffentlich-rechtliche Vereinbarung über die Errichtung einer gemeinsamen Adoptionsvermittlungsstelle.

Unsere Fraktion hatte zu diesem Kreistag vier Themen auf die Tagesordnung gesetzt.

1. Mit einer Anfrage zur **Entwicklung der Kosten der Unterkunft** wollten wir darauf aufmerksam machen, dass Mitte des Jahres 2017 die Anpassung der Werte für die Beurteilung der Angemessenheit der Kosten der Unterkunft ansteht. Mit der Antwort wurde erläutert, wie die Entwicklung zu beurteilen ist, um zu angepassten Werten zu kommen. Die konkreten Zahlen sind noch in Arbeit. Die neuen Werte sollen ab dem 1. Juli angewendet werden. Wir werden darauf zurückkommen.
2. Ein weiteres Thema war die **Entwicklung des Schulesens an den Schulen in Trägerschaft des Landkreises**.

Gegenwärtig nehmen von 5377 Schülern nur 1082 am Schulesen teil. Von diesen 1082 Schüle-

rinnen und Schülern werden auf der Grundlage der entsprechenden Satzung 316 die Kostenbeiträge erlassen („Freiesser“). Die Preise pro Malzeit belaufen sich auf Werte zwischen 1,95 und 4 Euro.

Wenn 30 Prozent des Schulesens auf der Basis der Satzungen ohne Bezahlung von Eigenanteilen erfolgt, dann werden neben allgemeinen Überlegungen zum Zusammenhang von Schulesen und Gesundheit auch die im Landkreis bestehenden sozialen Probleme deutlich.

3. Unser Antrag zur **Schließung von Lücken in der Satzung auf Schülerbeförderung**

Der Landkreis Oder-Spree hat eine auch im Landesvergleich vorbildliche Schülerbeförderungssatzung, denn im Grundsatz ist die Schülerbeförderung für die Schülerinnen und Schüler / die Personensorgeberechtigten kostenfrei.

Es geht bei diesem Antrag nun darum, die aus der unterschiedlichen bürokratischen Interpretation des Schuljahres entstehende Lücke zu schließen.

Es macht eben einen Unterschied, ob das Schuljahr vom ersten bis zum letzten Schultag des Schuljahres reicht – dann sind die Sommerferien außen vor – oder vom ersten Schultag bis zum Tag vor Beginn des folgenden Schuljahres – dann sind die Ferien drinnen.

Letzteres ist nicht nur, aber besonders in den Fällen schmerzhaft, in denen Schülerspezialverkehr und Betreuung auch in den Ferienzeiten benötigt werden. Dieser Antrag wurde zur Beratung in den Bildungsausschuss verwiesen, wobei an der Zielsetzung einer Regelung bis zum Dezember 2017 festgehalten wurde.

4. Unser Antrag über die **Unterstützung der Bildung von Elternvertretungen im KiTa-Bereich**. Hier sah unter anderem die SPD-Fraktion noch Beratungsbedarf. Der Antrag ging so noch einmal in den zuständigen Ausschuss.

Auf einige der Themen werden wir in den Berichten über die Arbeit im Kreistag also im Laufe des Jahres zurückzukommen haben.

ISSN 0948-2407 | 67485

# DISPUT

MITGLIEDERZEITSCHRIFT DER PARTEI DIE LINKE  
JUNI 2017 2 EURO

Foto: Jakob Huber

Parteitag

Konstruktive Debatten, starke Reden und die Verabschiedung eines schlagkräftigen Programms zur Bundestagswahl: Eindrücke vom Parteitag in Hannover. 4

Mut haben

Gregor Gysi wirbt dafür, dass DIE LINKE an einer positiven Vision von Europa mitwirkt. Nur so wird sie zum Gestalter einer anderen, einer besseren EU. 16

Neuer Auftritt

DIE LINKE hat ihren Auftritt im Internet komplett erneuert. Die neuen Seiten sind übersichtlicher und für Smartphones, Tablets und Co. besser nutzbar. 18

# Aus dem Bildungs- und Jugendhilfeausschuss

## ■ DIE LINKE: Gemeinsames Lernen von Klasse 1 bis zum Abitur möglich machen!

Die LOS-Kreisverwaltung stellte im Bildungsausschusses des Kreistages den Schulentwicklungsplan für 2017 bis 2022 vor

Mit diesem Plan der LOS-Kreisverwaltung werden die Weichen für die Schulentwicklung der nächsten Jahre gestellt. Deshalb bedarf es einer breiten Diskussion der Schulentwicklungsplanung. Damit beginnt die Linksfraktion im Kreistag eine breite Dialogphase. „Dazu gehört, dass wir als erste den Schulentwicklungsplan überhaupt erstmal öffentlich gemacht haben. Denn eine Debatte um ein internes Dokument zu führen, ist schwer möglich“, so Dr. Bernd Stiller, Mitglied der Linksfraktion im Bildungsausschuss. In den Bürgerbüros der LINKEN in Beeskow, Eisenhüttenstadt und Fürstenwalde ist der Plan einzusehen, auf der Internetseite [www.dielinke-oder-spree.de](http://www.dielinke-oder-spree.de) steht der Plan zum Download bereit.

Gleichzeitig gehen Mitglieder der Linksfraktion auf Dialogtour durch den Landkreis und diskutieren den Entwurf in öffentlichen Foren und stellen die Überlegungen der LINKEN dazu vor.

„Für uns LINKE ist klar“, so Stephan Wende, Kreistagsabgeordneter aus Fürstenwalde, „dass es um eine zukunftsfähige und nachhaltige Entwicklung der Schullandschaft in Oder-Spree geht. Wir müssen Schulen als Begegnungs- und Lernorte weiterentwickeln und in der Fläche halten und gleichzeitig der steigenden Bevölkerungsentwicklung und der daraus resultierenden Anforderungen an Schulplätzen im berlin-nahen Raum entsprechen.“

## ■ SGB-VIII-Vorhaben umgehend stoppen

Im Jugendhilfeausschuss des Kreistages und in den Facharbeitsgemeinschaften nach § 78 des Sozialgesetzbuches VIII in den Jugendhilfe-Planungsräumen in Beeskow, Eisenhüttenstadt, Erkner und Fürstenwalde wurde und wird die geplante Reform des Kinder- und Jugendhilferechtes sehr kontrovers diskutiert. Die Ablehnung der Akteure vor Ort ist eindeutig und äußerte sich im Fachgespräch, welches Jutta Bargenda und Stephan

Wende, für die Kreistagsfraktion in Fürstenwalde durchgeführt haben. Im deutschen Bundestag fand nunmehr die Anhörung zum Gesetzesvorhaben im zuständigen Familienausschuss statt. Die Kritik der Sachverständigen war erwartungsgemäß massiv. Die anwesenden Vertreter\*innen des Familienministeriums wie auch die Abgeordneten der SPD-Fraktion waren sichtlich getroffen angesichts der massiven Kritik.

„Doch der LINKEN geht es nicht nur um die Bildungsinfrastruktur in Oder-Spree, sondern es geht auch um die inhaltliche Entwicklung unserer Schulen. Wir wollen die verstärkte Kooperation von Grund- und Oberschulen in Schulzentren, in denen länger gemeinsam gelernt werden kann und die als Gemeinschaftsschule und somit als **Schule für alle** sich entwickeln können.“ Bei den konzeptionellen Überlegungen hierfür sollen von Beginn an auch Gymnasien und das Oberstufenzentrum mit einbezogen werden. Denn „was spricht dagegen, dass in einem Schulzentrum auch das Abitur erfolgreich abgelegt werden kann?“ Damit ist, so Wende, „gemeinsames Lernen von der 1. Klasse bis zum Abitur möglich“.

Inklusive Schulen und inklusive Bildung sind die nächsten wichtigen Entwicklungsschritte für die Bildungs- und Schullandschaft unseres Landkreises. Es muss Normalität werden, dass Schüler\*innen mit und ohne Behinderung, unabhängig von ihrer Herkunft, Religion und sozialem Status gemeinsam in einer Klasse lernen können. „Inklusion sichert, dass alle Schüler\*innen, dieselben Chancen in der schulischen Bildung haben“, so Wende. Aber klar ist auch, dass dies nur behutsam und mit vielen Gesprächen umsetzbar ist. „Inklusion ist vor allem eine Haltungsforderung und Haltung muss sich auch erstmal entwickeln können.“

Hier gilt es die Grundlagen zu legen, die Kommunen als Schulträger zu verantworten haben. Also die bauliche und sächliche Infrastruktur. „Das wird wichtig sein, wenn wir die Baubeschlüsse für künftige Schulbauten fassen und muss beachtet werden, wenn es um Sanierung und Umbau von bestehenden Schulen geht. Ein Grundsatzbeschluss des Kreistages zu Inklusiven Schulen wäre wünschenswert und wir LINKEN werden hierzu aktiv!“ Gleichzeitig muss auch das Land Brandenburg seiner Verantwortung nachkommen. „Es bedarf deutlich mehr Personal in den Schulen. Nicht nur mehr Lehrer\*innen sondern auch Sozialarbeiter\*innen und Therapeut\*innen, die gemeinsame die multiprofessionellen Teams in den Schulen bilden müssen.“ Die rot-rote Landesregierung in Potsdam hat hierzu ein Landeskonzept entwickelt und finanzielle Unterstützung zugesagt. „Und wir brauchen die Öffnung der Schule in den Sozialraum und für seine außerschulischen Bildungs- und Freizeitangebote, eine enge Verzahnung mit Horten und offenen Treffs der Kinder- und Jugendsozialarbeit.“

Schule kann und wird künftig mehr leisten müssen, wenn sie Lern-, Begegnungsort und Freizeitort werden will. Das ist gerade für die Schule in den ländlichen Räumen überlebenswichtig.



von  
**Stephan Wende**,  
 Mitglied des Kreistages  
 und stellvertretender  
 Vorsitzender des  
 Jugendhilfeausschusses

### SGB VIII:

Das Achte Sozialgesetzbuch (SGB VIII) ist ein vom Deutschen Bundestag und mit Zustimmung des Deutschen Bundesrates beschlossenes Gesetz und umfasst die bundesgesetzlichen Regelungen in Deutschland, die die Kinder- und Jugendhilfe betreffen.

*Quelle: Wikipedia.org*

Die Anhörung im Bundestag kann im Internet angeschaut werden: <http://www.bundestag.de/#url=L2Rva3VtZW50ZS90ZXh0YXJjaGl2LzlwMTcva3cyNS1wYS1mYW1pbGllWp1Z2VuZGxpY2hlLzUxMDI2MA==&mod=mod493054>

Menschen, die an einer schulischen oder beruflichen Bildungsmaßnahme teilnehmen, lehnen wir ab.

Berechtigte Kritik gibt es auch von den Jugendverbänden. Und zwar an der Regelung, dass Einrichtungen der offenen Jugendarbeit, wie Jugendclubs, Kinder- und Jugendtheater, Jugendzentren, künftig mit neuen Verpflichtungen konfrontiert werden. Dazu gehören Meldepflichten über die Betriebsaufnahme oder eine Änderung des Konzepts und die Pflicht, Konzepte zum Kinderschutz zu entwickeln. Natürlich ist der Schutz von Kindern und Jugendlichen wichtig. Aber dieser ist für Träger, bei denen ausschließlich neben- oder ehrenamtliches Personal tätig sind und die keine öffentliche Förderung erhalten, auch mit weniger aufwändigen Maßnahmen sicherzustellen. Die geplanten Regelungen dagegen sind unangemessen und nicht praxistauglich und würden ehrenamtliches Engagement erschweren, selbstorganisierte Jugendarbeit verhindern und so Freiräume von jungen Menschen zerstören.

Für mich ist klar: Die Neuregelung der Kinder- und Jugendhilfe ist gescheitert. Dass hat auch die Unionsfraktion erkannt.

In einem völlig intransparenten Verfahren versucht sich das Fami-

lienministerium seit mehr als zwei Jahren an einer Reform des SGB VIII. Auch wenn der jetzige Entwurf als deutlich abgeschwächt gegenüber den Vorgängerversionen erscheint, ist die fachliche Kritik breit. Laut Einsicht mehrerer Sachverständiger ist zu befürchten, dass die ohnehin hohe Zahl an Inobhutnahmen von Kindern weiter ansteigt, während andere präventive Hilfeformen weiter zurückgefahren würden. Die im Gesetz vorgesehene

Zweite-Klasse-Jugendhilfe für unbegleitete minderjährige Flüchtlinge war bereits vor der Anhörung von einem breiten Bündnis der Wohlfahrtsverbände zurückgewiesen worden. DIE LINKE fordert die Familienministerin Katarina Barley auf, das Gesetzesvorhaben umgehend zu stoppen. Sie hat jetzt die Chance, den Scherbenhaufen ihrer Vorgängerin zu beseitigen und die seit Monaten vorgetragene Kritik aus der Fachwelt ernst zu nehmen.

## Kindertag in Fürstenwalde



Traditionell feiert DIE LINKE Fürstenwalde auf dem Spielplatz in der Wladimir-Komarow-Straße in Fürstenwalde-Nord den Kindertag. Erstmals nahm auch Volkmar Schöneburg an diesem Fest teil. Rund 25 Kinder spielten ausgelassen mit den LINKEN Zielwurf, Tauziehen, Glücksrad und vieles mehr.

*Text und Foto: Franziska Schneider*

## MEINUNG

### Gute Bildung. Für alle.

Bildung ist ein Menschenrecht. Der Zugang zu Bildung ist in Deutschland jedoch immer noch von der sozialen Herkunft abhängig. Für viele Kinder fällt schon nach der Grundschule die Entscheidung, welche Schulform sie besuchen werden und damit, welche Türen ihnen künftig verschlossen bleiben. Unser Bildungssystem verschärft die soziale Spaltung der Gesellschaft statt ihr entgegenzuwirken. Ungleiche Chancen und Lebensläufe werden

über Bildung organisiert und zugewiesen. Eine frühe Einteilung in unterschiedliche Schulformen befördert das. Damit soziale Ungleichheit zurückgedrängt statt verstärkt wird, wollen wir eine Gemeinschaftsschule, in der länger gemeinsam gelernt wird.

Wir wollen eine Schule für alle: Eine Gemeinschaftsschule, die kein Kind zurücklässt und sozialer Ungleichheit entgegenwirkt. Statt Bildungschancen über unterschiedliche Bildungswege zuzu-

weisen, fordern wir inklusive Schulformen, die längeres gemeinsames Lernen ermöglichen.

Unser Ziel ist, dass alle die gleichen Chancen auf und den gleichen Zugang

zu Bildung haben, ein Leben lang. Durch den Zugang zu Bildung sollen soziale Benachteiligungen abgebaut, nicht noch verstärkt werden. Niemand darf ausgegrenzt werden. DIE LINKE setzt sich für ein inklusives Bildungssystem ein, in dem Menschen individuell gefördert werden. Wir wollen gemeinsames solidarisches Lernen statt Konkurrenz und Notendruck. Das Bildungssystem ist Teil der öffentlichen Daseinsvorsorge. Sie muss ausreichend vom Staat finanziert werden. Privatisierungen – auch von öffentlichen Bildungseinrichtungen – müssen gestoppt und umgekehrt werden.

DIE LINKE steht für gute Bildung, die nicht vom Geldbeutel und der Herkunft abhängt.

Die Bildungssysteme sind in den Bundesländern so unterschiedlich, dass ein Umzug zum Problem werden kann. Der im Grundgesetz verankerte Gedanke der gleichwertigen Lebensver-

hältnisse bleibt auf der Strecke. Einheitliche Standards würden vieles verbessern, stattdessen konkurrieren die Bundesländer miteinander. Mit den „Grundsätzen für ein Bildungsrahmengesetz“ hat die Bundestagsfraktion DIE LINKE Vorschläge für mehr Vergleichbarkeit in der Bildung vorgelegt, die zur Zeit mit einer Vielzahl Bildungsakteuren diskutiert wird. Auch wenn Bildungspolitik Ländersache ist, müssen Bund und Länder in der Bildung zusammenarbeiten können.

Wir wollen Gebäude sanieren, Barrierefreiheit herstellen und die digitale Infrastruktur ausbauen. Wir brauchen mehr Personal in der Bildung und wir brauchen multiprofessionelle Teams in und an Schule. Das geht nur mit öffentlichen Investitionen von Bund, Ländern und Kommunen.

*Stephan Wende, Fürstenwalde*

*Zeichnung: Klaus Struttmann*



# Thomas Nord und Volkmar Schöneburg engagierten sich in Erkner

Die LINKEN Abgeordneten Thomas Nord aus dem Bundestag und Volkmar Schöneburg aus dem Landtag kamen beide aufgrund einer engen Terminfolge mit dem Auto. Auch wenn sie nicht das Problem der Parkplatzsuche hatten, weil ihre Veranstaltung am 21. Juni um 19 Uhr im Gerhart-Hauptmann-Museum stattfand, interessierten sie sich trotzdem beide für das Verkehrs- und Parkplatzproblem in Erkner.

Anlass darüber mit den 40 Gästen zu diskutieren, bot auch ein am Vortag in der Stadtverordnetenversammlung abgelehnter Antrag der Linksfraktion. Er beinhaltete die Prüfung, ob das Aufstellen einer offenen Parkdecktage in Leichtbauweise am Bahnhof möglich sei und zur Entschärfung der Parksituation für Pendler beitragen könnte. Das Parkdeck soll dann die kürzlich durch eingerichtete Parkverbotszonen im Bahnhofsumfeld sowie die bisher rechtswidrig parkenden PKW kompensieren. Thomas Nord, Direktkandidat für die Bundestagswahl betonte, dass eine Parkdecktage zwar zur Entspannung der Parkplatzsuchenden beitragen würde, jedoch nicht das Kernproblem der Verkehrssituation insgesamt angehen würde. Zusätzlich wäre es sinnvoll, das gesamte Verkehrskonzept mit ÖPNV, Autobahn und RE1 zu überdenken. Kleinere Busse mit einem erweiterten Fahrangebot in den Früh- und Abendstunden müssten eingesetzt werden, um den ökologischen Umstieg auf den ÖPNV nicht erst in Erkner zu ermöglichen, so Nord. Bürgermeister Jochen Kirsch wird das unbearbeitete Problem, so Nord, seinem Nachfolger überlas-

sen, der oder die voraussichtlich im Mai 2018 gewählt wird. Die Bürgermeisterkandidatin der LINKEN, Silke Voges, hob hervor, dass auch über ein erweitertes Angebot für das Abstellen von Fahrrädern nachgedacht werden sollte. Denn die Situation für Fahrradfahrer ist ähnlich der Situation für Autofahrer. Berufspendler, die jeden Tag mit dem Rad zum Bahnhof kommen, um dort mit dem RE1 oder der S3 Richtung Berlin zu fahren, wissen teilweise nicht mehr wo, sie ihr Fahrrad sicher abstellen können.

Und natürlich drückte man sich auch nicht vor der BER-Flughafen-Problematik. Volkmar Schöneburg, der als zuständiger Landtagsabgeordneter für LOS an dem Abend Thomas Nord die Fragen stellte, äußerte – vielleicht nicht für alle befriedigend –, dafür aber ehrlich, dass es als kleinerer Partner einer rot-roten Koalition nicht immer leicht sei, seine Interessen durchzusetzen. Zumal etwa beim BER die Entscheidungen vor Koalitionsantritt schon gefallen und die ersten Gelder geflossen waren. Seine Fraktion wird jedoch weiter für ein erweitertes Nachtflugverbot, für den zustehenden Schallschutz für die Bürger\*innen, sowie gegen einen Ausbau zum internationalen Drehkreuz kämpfen.

Weitere für den Abend angekündigte Themen wie bezahlbares Wohnen und das Gesundheitssystem im ländlichen Raum



konnten aufgrund der ausführlichen Vorstellung des Direktkandidaten und der lebendigen Diskussion zum drängendsten Erkneraner Problem, die verstopften Straßen und Parkflächen, nur am Rande erwähnt werden. Deshalb ist für den 6. September um 19 Uhr im Gerhart-Hauptmann-Museum erneut eine öffentliche Diskussionsveranstaltung der beiden Abgeordneten angesetzt. Hierzu sind Sie schon heute herzlich eingeladen.

*Franziska Schneider, Erkner*

Fotos:  
Christoph Ulbricht



## NACHRICHT

### Mietpreisbremse bremst nicht – das muss sich ändern!

*Der Deutsche Mieterbund kritisiert, dass die Mietpreisbremse nicht bremst. Das Mietniveau steigt vielerorts nach wie vor rasant. Dazu erklärt Anita Tack, die stadtentwicklungs- und wohnungspolitische Sprecherin der LINKEN im Landtag: „Viele halten sich nicht*

*an die Vorgabe, wonach neue Mietverträge höchstens zehn Prozent mehr als die ortsübliche Vergleichsmiete verlangen dürfen. DIE LINKE will Vermieter deshalb gesetzlich dazu verpflichten, Wohnungsinteressenten den alten Mietpreis offenzulegen.“*

Darüber hinaus kritisiert Tack, dass durch Luxus-sanierung alteingesessene Mieterinnen und Mieter vertrieben werden: „Der Bund muss Investoren per Gesetz vorgeben, sich bei der Sanierung mit der Mieterschaft abzustimmen.“ Der unerträgliche Trend

zu immer höheren Mieten müsse ein Ende haben, so Tack. „Letztlich geht das nicht ohne sozialen Wohnungsneubau mit Mietpreis- und Belegungsbindung. Nur so können wir Menschen mit kleinem Budget eine bezahlbare Wohnung garantieren.“

von  
**Sebastin Meskes,**  
 Vorsitzender  
 der LINKEN  
 Woltersdorf,  
 Vorsitzender der Ge-  
 meindevertretung  
 Woltersdorf

## In den Fängen von Populisten

Wie die Zukunft des Woltersdorfer Sportvereins für Stimmungsmache aufs Spiel gesetzt wird

Woltersdorf hat ein lebendiges Vereinsleben. Der größte unter den Woltersdorfer Vereinen ist der SV 1919 Woltersdorf e.V. mit seinen knapp 800 Mitgliedern. Fast ein Dutzend Sportarten werden angeboten und von Alt und vor allem Jung begeistert angenommen. Der SV ist damit der größte Pfeiler der Kinder- und Jugendarbeit in der Gemeinde. Da meine achtjährige Tochter selbst mit Begeisterung in der Tischtennisabteilung des SV trainiert, weiß ich aus erster Hand um das tolle Engagement der Ehrenamtlichen des Vereins.

Woltersdorf leistet sich auch gute Sportstätten. Mit dem Sport- und Freizeitpark stehen dem SV und anderen Vereinen im Herzen des Ortes ein Fußballstadion, Sportplätze und die neue im Jahr 2014 eingeweihte Sporthalle zur Verfügung. Diese Anlagen werden vom Eigenbetrieb Sport- und Freizeitanlagen der Gemeinde Woltersdorf verwaltet. Der Eigenbetrieb ist durch den Gesetzgeber angehalten, diese Anlagen wirtschaftlich zu betreiben und entsprechende Nutzungsentgelte zu erheben. Um die Belastung für die im Ort ansässigen Nutzer von Plätzen und Sporthallen möglichst gering zu halten, reicht die Gemeinde Woltersdorf große Summen an Fördergeldern aus, aus denen die Vereine die Nutzungsgebühren mitfinanzieren können. Als einer der größten Nutzer ist der SV auch gleichzeitig der mit Abstand größte Fördermittelempfänger.

Selbstverständlich müssen diese Fördergelder beantragt werden

und selbstverständlich sind dabei auch Regeln und Vorgaben einzuhalten. Und hier hapert es beim SV leider seit Jahren. Teils war den Mitgliedern der Gemeindevertretung das vorgelegte Zahlenwerk widersprüchlich oder fehlerhaft und produzierte in jedem Jahr zahlreiche Nachfragen der Abgeordneten. Deshalb wurde für das aktuelle Jahr beschlossen, die Förderung von 58 000 Euro auf 50 000 Euro zu reduzieren, verbunden mit der Aussicht auf spätere Bewilligung der Differenz, sobald korrekte Unterlagen vorgelegt und offene Fragen ausgeräumt sind. Und dies geschah leider nicht. Einen Ausschusstermin zur Erörterung offener Fragen nahm der Vorsitzende des SV nicht wahr, schickte auch keinen Stellvertreter.

Nun fühlten sich Mitglieder der Fraktion Unser Woltersdorf (UW), die in Teilen bereits während der sogenannten Flüchtlingskrise im Jahr 2015 offen rechtspopulistisch auftraten, als Retter des SV auf den Plan gerufen. Statt die immer noch ausgestreckte Hand der Gemeindevertreter zu ergreifen, offene Fragen zu klären und Zahlen zu erläutern, drohte man mit der Einstellung des Trainingsbetriebs, ultimative Anträge ohne Ausschussvorlauf wurden in das Plenum der Gemeindevertretung eingebracht, die ausstehende Summe sofort ohne weitere Debatte auszureichen oder dem Sportverein gar sofort die komplette Sportanlage der Gemeinde zur Verwaltung zu übergeben.

Des Dramas letzter Akt war ein schon fast bizarr zu nennender

Auftritt von UW-Gemeindevertreter Hauke und SV-Chef Richter vor dem Ortsentwicklungsausschuss der Gemeinde Rüdersdorf, wo die beiden angebliche Pläne des SV vorstellten, drei Hektar Land in Rüdersdorf an der Grenze zu Woltersdorf zu erwerben und zu einem Sportzentrum mit Sporthalle, Sportplatz, Vereinsheim und Sportfachgeschäft zu entwickeln. Ein Rüdersdorfer Gemeindevertreter überschlug das Investitionsvolumen inklusive Machbarkeitsstudie, Änderung des Flächennutzungsplanes, Aufstellung eines Bebauungsplanes, Landerwerb, Planung und Bau der Immobilien auf eine Summe von acht bis zwölf Millionen Euro. Nicht nur die anwesenden Rüdersdorfer Kommunalpolitiker fragten sich, wie ein Verein, der wegen einer ausstehenden Förderung von 8 000 Euro den laufenden Betrieb einstellen will, solche Riesensummen zu stemmen gedenkt, eine Antwort erhielten sie nicht und mussten so mutmaßen, es ginge bei diesem Auftritt weniger um ein realistisches Projekt, sondern vielmehr darum, die Gemeinde Woltersdorf mit einem möglichen Wegzug des SV nach Rüdersdorf unter Druck zu setzen.

Zuletzt befasste sich der zuständige Sozialausschuss der Woltersdorfer Gemeindevertretung am 19. Juni mit dem Antrag der Fraktion Unser Woltersdorf, die Auszahlung ausstehenden 8 000 Euro zu beschließen. Obwohl aus der LINKEN und der SPD heraus goldene Brücken gebaut wurden, dem Antrag möglicherweise zuzustimmen, wenn seitens des SV etwas Bewegung zu erkennen wäre, ergaben sich vor allem die UW-Abgeordneten wieder in Beharren, Rechthaberei und Polemik. Erneut wurde so mit lautem Gepolter eine ausgestreckte Hand weggeschlagen. Aber das ist eben das Geschäft der Populisten: Erst gemeinsame Lösungen hintertreiben, um mit dem selbst angerichteten Schaden dann Stimmungsmache betreiben zu können. Dies nutzt vielleicht manchem UW-Fraktionär, dem SV 1919 Woltersdorf e.V. und seinen engagierten Mitgliedern ist so nicht geholfen.

### Veranstaltungstermine der LINKEN

Am **15. Juli 2017** findet in **Bernau, Hussitenstraße** (zwischen Steintor und Stadthalle) von **10 bis 17.30 Uhr** wieder das **Pressefest der kleinen Brandenburger Zeitungen** statt.

Hier treffen sich Journalisten und Macher kleiner linker Zeitungen, Buchhändler, das Netzwerk für Weltoffenheit und Vereine zu einem bunten Fest mit Live-Musik, Talkrunden mit Bundes-, Landes- und Kommunalpolitikern, einem Spendenlauf sowie Ständen, an denen zum Beispiel Bücher gekauft werden können.

Seifenblasen zu produzieren ist ein Kunst. Von 12 bis 15 Uhr wird Corinne Cimafonte, eine Künstlerin der „Seifenblasenfabrik“ aus Berlin, zu Gast sein und die Gäste des Pressefestes mit ihrer Kunst bezaubern.

Weitere Informationen im Internet unter: <http://www.dielinke-barnim.de>

## Buntes Kinderfest der LINKEN in Müllrose

Am Sonntag, 18. Juni 2017, hatte DIE LINKE bereits zum dritten Mal zum Kinderfest in Müllrose eingeladen. Die Basisgruppe Schlaubetal stellte unter Leitung von Kerstin Labenz und vielen Helfern ein buntes Programm zusammen, das bei sonnig-heißem Sommerwetter am Nachmittag viele Familien zur Festwiese hinter



dem Schützenhaus lockte. Zahlreiche Mitmach-Aktionen, mit dem Müllroser Anglerverein, mit der Hüpfburg, gesponsert durch die Sparkasse Oder-Spree, Ponyreiten mit dem Reitsportverein Mixdorf im Stadtpark sowie das Angebot von Korbmacher Lange aus Fünfichen, kleine Kunstwerke aus Korb selber herzustellen, ließen die Zeit wie im Flug vergehen. Die Kräuterhexe Heidi Wichmann aus Eisenhüttenstadt hatte alle Hände voll zu tun, Kindergesichter bunt und fantasie reich zu schminken. Der mitreißende Auftritt von drei Tanzgruppen des Mixdorfer SchlaubeGemümmels wurde von allen begeistert aufgenommen.

men. Eis und Zuckerwatte waren vor allem bei den Kindern heiß begehrt. Ein Kuchenbasar sowie Leckerer vom Grill sorgten auch bei den Erwachsenen für das leibliche Wohl. Alle Organisatoren, Helfer und Gäste waren sich am Ende einig: Das Fest kann Tradition in Müllrose werden. Herzlichen Dank gilt neben bereits oben Genannten allen weiteren Helfern, Spendern und Unterstützern des Festes, z.B. den fleißigen Kuchenbäckerinnen, unserem jüngsten Helfer Emil aus Müllrose, den Frauen des Hexenvereins aus Eisenhüttenstadt, dem Amt Schlaubetal und dem Bauhof für die Unterstützung bei der Vorbereitung des Festes, dem Partyservice Poethke aus Müllrose sowie dem Eismann aus Eisenhüttenstadt, Herrn Janetzky.



von  
**Harald Schwaeger**,  
 Vorsitzender der  
 Basisgruppe  
 DIE LINKE  
 Schlaubetal

## Tschernobyl-Woche an der Gesamtschule 3 in Eisenhüttenstadt „Erinnerung an die Zukunft“

Liebe Leser\*innen des Widerspruchs, ich muss mich vor den Bundestagswahlen nochmals zu Wort melden. Die SODI-Gruppe Eisenhüttenstadt-LOS hat mit der Ausstellung der Friedensbibliothek „Erinnerung an die Zukunft“ die Aktivitäten zur Tschernobyl-Woche 2017 im Juni, an der Gesamtschule 3 mit gymnasialer Oberstufe in Eisenhüttenstadt, beendet. Für gut eine Woche war die Ausstellung für Schüler\*innen sowie die Öffentlichkeit der Stadt zugänglich.

Die AG Patenschaften an der Gesamtschule 3, die integriert in der SODI-Gruppe Eisenhüttenstadt-LOS wider das Vergessen wirkt, und die Schüler\*innen der Klasse 11c haben mit Entertainment-Qualitäten dafür gesorgt, dass die Vernissage zu einer facettenreichen Veranstaltung wurde.

Die Bundestagswahlen 2017 stehen an! Die Ausstellung „Erinnerung an die Zukunft“ stellt die Atombombenabwürfe auf Hiroshima und Nagasaki, die Reaktorkatastrophen von Tschernobyl und Fukushima sowie Atomwaffentests, die Kriege, Waffenlieferungen in der Gegenwart, deren Folgen und Nachwirkungen in den Fokus.

Die Ausstellung bot viele Ansätze für Hinterfragungen. Die jungen Menschen haben doch recht, wenn

sie uns früher Geborenen die einfache Frage stellen: Warum werden Dinge von der Politik, den Politikern weiter betrieben, obwohl die Erkenntnis gewonnen ist, dass ein „Weiter so“ ins Verderben führt? Bis zur Auslöschung allen menschlichen Lebens?

In der Eröffnungsveranstaltung widmeten die Schüler\*innen sich den Themen Klimawandel, Politik und Bundestagswahl, stellten Fragen an Politiker, die sich in unserer Region zu den Bundestagswahlen 2017 als Direktkandidaten bewerben. Gekommen waren Clemens Martin (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN), Dr. Franz Berger (SPD), Martin Patzelt (CDU). Leider konnte Thomas Nord (DIE LINKE) den Termin nicht wahrnehmen.

In der Gesprächsrunde wurde deutlich, dass wir Bürger – Menschen als Bestandteil der Natur – mit unseren Grundbedürfnissen oftmals wirtschaftlichen- und Profitinteressen im Wege zu stehen scheinen. Gut, dass jeder der 120 Anwesenden, egal ob Schüler und Erstwähler oder früher Geborener, sich ein eigenes Bild von den anwesenden Kandidaten machen konnte.

Es hat sich wieder einmal gezeigt, dass Gespräche Auge in Auge, mit der Möglichkeit sofort nachfragen zu können, durch kein anderes Me-

dium zu ersetzen sind. Deshalb, liebe linke Mitstreiter\*innen, müssen wir die verbleibende Zeit bis zu den Bundestagswahlen nutzen und die persönlichen Gespräche vor allem mit den Jugendlichen führen.

Wir müssen diese Gespräche nutzen, um unsere Programmatik den jungen Menschen bekannt zu machen, im Dialog!

Für mich ist das Engagement der Schüler\*innen ein Hoffnungsschimmer, dass sich junge Menschen sehr wohl für ihre Zukunft interessieren und auch engagieren. Die Mitglieder unserer SODI-Gruppe setzen die Gespräche in einer Klausurberatung im Juli mit jungen Mitstreiter\*innen fort.

Übrigens, die finanziellen Beiträge junger Menschen für die Tschernobyl-Projekte 2017 in Belarus können sich auch sehen lassen. So beteiligten sich zum Beispiel die Schüler\*innen des Ruanet Gymnasiums Beeskow mit einer Überweisung von 2000 Euro und die AG Patenschaften der Gesamtschule 3 Eisenhüttenstadt mit 750 Euro. Das macht Mut und gibt uns die Kraft, um solidarisch mit Jung und Alt, für die Kinder in der Tschernobyl-Zone weiter zu wirken. Wider das Vergessen, für eine friedliche, solidarische und in Freundschaft verbundene menschliche Erde.

von  
**Hagen Weinberg**,  
 Sprecher der SODI  
 e.V., Gruppen entlang  
 der Oder



# Revolutionäre Parlamentsarbeit in der Weimarer Republik und heute

Von der KPD lernen – vom MARX IS MUSS Kongress 2017

von  
René Lindenau,  
Cottbus

Der Gebrauch von Zitaten ist so eine Sache. Oft werden sie genutzt, um die eigene Meinung argumentativ zu untermauern, oft erscheinen sie abgenutzt und damit sinnlos da ihnen jedes Fundament fehlt. So verhält es sich auch mit dem Wort: „Wenn Wahlen etwas verändern würden, wären sie verboten“ – weil die eigentlichen Entscheidungen außerhalb von Parlamenten in den Konzernvorständen getroffen würden.

Über das Für und Wider, war in seiner Ausgabe von 2017, am 26. Mai in einer der zahlreichen Veranstaltungen des MARX IS MUSS Kongresses zu sprechen.

Die historische Flanke bediente der Historiker Dr. Marcel Bois, indem er über die Parlamentsarbeit der KPD in der Weimarer Republik referierte. Den Teil der heutigen real-politischen Arena „bespielte“ die Politikerin Janine Wissler, Fraktionsvorsitzende der LINKEN im hessischen Landtag.

Marcel Bois begann also mit einem historischen Exkurs in die Parlamentsgeschichte der KPD, die von zahlreichen Widersprüchen geprägt war. Einerseits trat man zu den Wahlen an, doch andererseits erschien man mit Trillerpfeifen, Kindertrompete im Reichstag, schimpfte auf das „Hohe Haus“, Zudem wusste man gewisse Privilegien (Freifahrtschein bei der Reichsbahn und die Immunität) zu nutzen. Ein Sozialdemokrat wurde gleich mal in einen „Faschisten-Block“ gesteckt. Es ging demnach ziemlich radauhaft zu – so berichtete Bois von der Reichstagsöffnung 1924.

Wie man es heute nennen würde, „unparlamentarisches Verhalten“ war ja im Grunde gar nicht verwunderlich, taucht man in die programmatische Debatte der KPD in jenen Jahren zum Parlamentarismus ein, so wie es Bois tat. Die vorherrschende Meinung war, die Arbeit im Parlament wäre nicht im Interesse der Werktätigen. Wer bestimmt so was? Auf dem KPD-Gründungsparteitag habe sich die Strömung durchgesetzt, sich nicht an Wahlen zu beteiligen. Dem widersprach Rosa Luxemburg, denn viele dieser

Werktätigen setzten entsprechende Hoffnungen auf die neue Partei.

In Lenin fand sie für ihre Position einen Fürsprecher. Schließlich setzte auf dem Heidelberger Parteitag (1919) einer der Mitbegründer der KPD, Paul Levi, die Beteiligung der Partei an Wahlen durch. Im Jahr Eins vor Ende der Weimarer Zeitrechnung (1932) erreichte sie mit circa 16 Prozent ihr bestes Ergebnis und wurde drittstärkste Partei. Als Levi 1930 jedoch starb, verweigerten sich NSDAP- und KPD-Abgeordnete einer Schweigeminute und verließen demonstrativ den Saal. Saß bei letzteren die Wunde noch zu tief, da der Verstorbene wieder in der SPD war? Für mich eine unverständliche, nicht tolerierbare, schreckliche Parallelität.

Auch wenn man sich mit einer großen Portion Kritik in den parlamentarischen Betrieb begab, war man doch die fleißigste Fraktion. Keine hatte so viel Anträge und Anfragen vorzuweisen. Und das eingedenk der Meinung, das „wirkliche Veränderungen nicht durch das Parlament, sondern durch die Arbeiterbewegung zu erreichen seien“. Aber wo war sie, wo ist sie: Die Arbeiterbewegung? Im Biergarten, auf der Couch, oder saisonbedingt in der Sauna beziehungsweise je nach Gehaltsstufe im warmen Süden – doch nicht in dem Maße, wie wünschenswert und geboten, sich in die andauernden Klassenkämpfe einmischend. Dann sähe die Welt doch anders aus!

Dabei hat die Vorvorgängerpartei der LINKEN, die KPD, damals, bis heute aktuelle Forderungen in ihrem Arbeitsplan gehabt; soziale Verbesserungen, Kampf gegen Rassismus, Ablehnung des Paragraphen § 218.

Für die hessische CDU scheint die LINKE ziemlich bruchlos an die KPD anzuschließen, glaubt man einem Papier, das ihrer Partei und Fraktion eine Nähe zur KPD von 1918 unterstellt – verkündete Janine Wissler: Gelächter im Saal! Konservativ heißt bewahren, warum nicht auch alte Feindbilder!

Für wichtige Punkte von linker Parlamentsarbeit hält die Fraktionsvorsitzende die Herstellung

von Öffentlichkeit, die Funktion ein Frühwarnsystem zu sein und Alternativen zu formulieren. Ferner ist ihr die Frage wichtig, wie kann man außerparlamentarische und gewerkschaftliche Bewegungen (Abschaffung von Studiengebühren, Unterstützung von Streiks) unterstützen und ihre Anliegen stärken.

Ein Grundsatz der Arbeit ihrer hessischen Linksfraktion ist, die Betroffenen mit einzuladen. Wie zuletzt bei den Streiks der Postangestellten und von den Busfahrern. Man ging im Plenum des Landtages ganz anders mit dem Thema um, da man die Postler und Busfahrer unter den Zuschauern wusste.

Sich einmischen bringt doch was! Dazu gehöre auch, dass die Abgeordnetenbüros immer offen zugängliche Anlaufpunkte seien. So gedacht und praktiziert, kann eine linke Partei auch ein Korrektiv in der hiesigen kapitalistischen Gesellschaft sein, von dem die Fraktionsvorsitzende sprach. Der Erfolg geben der hessischen Landespartei und ihr persönlich, mit konstanten bis steigenden Wahlergebnissen, noch dazu im Westen, Recht. Es macht schon was aus, wenn man sich nicht mit „Sitzungssozialismus“ zufrieden gibt, sondern stets nahe bei den Menschen, ihren Sorgen und Problemen ist. Man wünschte sich dies auch von anderen Landes- und Kreisverbänden ... DIE LINKE, und hier hörte man die stellvertretende Bundesvorsitzende heraus, müsse eine aktive Mitglieder- und Mitmachpartei sein. Die Linkspolitikerin gab auch zu bedenken, von einem „parlamentarischen Anpassungsprozess“ sei auch niemand von uns gefeit.

Davor bewahrt uns möglicherweise die Qualität und Quantität einer Mitglieder- und Mitmachpartei, denke ich.

Was nahm ich nun aus dieser Runde mit, außer es war angenehm und schön zuzuhören?

Lernen konnte man viel, (parlamentarische) Verweigerung bringt nichts. Das ist meine Schlussfolgerung aus dem Gesagten und aus dem im Anschluss Debattierten.

Der Kongress „MARX IS MUSS“ wird vom Netzwerk marx21 und dem marx21-Magazin organisiert. Weitere Informationen im Internet unter: <https://www.marxismuss.de/>

„Das marx21-Netzwerk wurde 2007 in Frankfurt am Main gegründet. Wir verstehen uns als Teil der neuen Linken und der globalisierungskritischen Bewegung, die angetreten sind, die Macht der Konzerne zu brechen. Wir wollen mit unseren Ideen und unserem Einsatz dazu beitragen, die Partei DIE LINKE zu stärken und so eine politische Alternative zum Kapitalismus aufzubauen.“  
Quelle: <https://www.marx21.de/netzwerk/>



# Heiner Müller lesen!

Eine Buchempfehlung von Volkmar Schöneburg

Die Welt ist aus den Fugen. Flüchtlingsströme, internationaler Terrorismus, Kriege, Umweltkatastrophen, Rechtspopulismus, ein das nackte Kapital-Interesse bedienender US-Präsident, die sich weiter öffnende Schere zwischen Armen und Reichen, Herren und Knechten – das sind nur einige Stichworte für die gegenwärtige Unübersichtlichkeit.

In dieser Situation sind die gerade erschienenen Texte zum Kapitalismus des Dramatikers Heiner Müller (1929–1995) nicht die schlechteste Orientierung. Sicherlich, Müller ist kein Theoretiker. Aber er ist ein marxistisch denkender Dichter, der Hegel rezipiert und die Arbeiten von Linksintellektuellen wie Michel Foucault, Louis Althusser oder Gilles Deleuze mit Interesse zur Kenntnis genommen hat. Die in dem Band aus seinem Gesamtwerk zusammengestellten Texte sind Einsprüche gegen die „schaurige kapitalistische Welt“, die vieles auf den Begriff bringen. Hier einige Kostproben (Zitate):

- Jetzt hieße es in den reichen Ländern mit Blick auf die wachsenden, überbevölkerten, näher rückenden Armutszonen: „Für alle reicht es nicht.“ Daraus folge die Selektion. Die Sätze treffen den Kern der kapitalistischen Produktions- und Konsumordnung: „Ein paar müssen verhungern, damit die anderen essen können.“ (1994/95)
- Unsere Zivilisation sei eine Zivilisation der Ausgrenzung. Alle Energie der kapitalistischen Staaten ziele auf Ausgrenzung und auf Vergessenmachen der Ausgegrenzten. Nach Auschwitz habe das Gute geführt, nicht das Böse. Das Gute wolle selektieren, also Minderheiten produzieren. Die seien dann böse und müssten ausgerottet werden. (1990)
- Wir wüssten doch, dass zwei Drittel oder drei Viertel der Menschen ihr Leben lang unter unmenschlichen Bedingungen arbeiten und existieren müssen und dass keine Chance besteht, dass sie je zur Menschheit gehören werden. (1989)
- Man müsse wohl damit leben, dass der geistige Mensch in unserem Zeitalter ausstirbt. In den

- McDonald's-Läden säße doch schon eine ganz neue Menschenrasse, die begeistert Scheiße schlürft. Da säßen nur noch Zombies, die an die neue Welt gewöhnt weder Kunst, Literatur oder Theater brauchen. (1989)
- Die russische Variante des Sozialismus sei eine Frühgeburt ohne Zukunft, sein Terror spätestens seit Stalin sei nicht mehr revolutionär, sondern bürokratisch, nicht auf Geschichte orientiert gewesen. (1993)
- Trotzdem steht Müller auf Seiten der „sozialistischen Frühgeburt im Kalten Krieg“, deren Stillstand und Agonie u.a. Gegenstand seiner Arbeiten sind. Die BRD sei aus seiner Sicht als Schriftsteller ein Atavismus, keine Alternative. Er könne sich mit dem (diktatorischen) Gegenentwurf zur Nazidiktatur identifizieren und den unsäglichen Walter Ulbricht durchaus im Bewusstsein seiner Unsäglichkeit akzeptieren, weil er Globke, Kiesinger, Filbinger, Lübke nicht für denkbar hielt. (1993)
- Die BRD sei eine durch zwei Weltkriege gesundgeschrumpfte Firma, gegründet auf den Boden der Tatsachen, der der Sumpfboden der deutschen Geschichte ist, die Identität seiner Bevölkerung der Kurs der D-Mark. Die DDR hingegen sei eine Notgeburt per Kaiserschnitt, auf dem Rücken den Alp toter Geschlechter, ihr Boden die Utopie. (1979)

- Die moralische Faschismusbewältigung in der BRD habe zu nichts geführt. Denn man komme nicht auf die eigentlichen Mechanismen, auf die Struktur. (1984)
- Das kommunistische Experiment im Osten Europas sei die Unterbrechung eines Ablaufs gewesen, der, wenn aus der Geschichte und dem Scheitern dieser Unterbrechung nicht gelernt wird, unvermeidlich in die Katastrophe führt. (1993)
- Der historische Blick auf die DDR sei jedoch von einer moralischen Sichtblende verstellt. Auf den toten Gegner könne man jedes Feindbild projizieren, das vom Blick in den Spiegel abhalte. Das Niveau der Debatte um DDR-Vergangenheit sei so niedrig, dass man als „DDR-Verstrickter“ sie nur auf allen vieren führen könne. Die deutsche Form der Revolution sei die Denunziation. (1993)

Man muss die provokanten Gedanken Müllers, in die hier nur ein kleiner Einblick präsentiert wurde, nicht alle teilen. Zum Nachdenken und zur Selbstreflexion laden sie allemal ein, insbesondere, wenn man als Linker in dieser kapitalistischen Welt in Regierungsverantwortung steht. Wie lautet doch Müllers Motto: „Solange es Herren und Sklaven gibt, sind wir aus unserem Auftrag nicht entlassen.“



Heiner Müller,  
„Für alle reicht es nicht“. Texte zum Kapitalismus,  
edition suhrkamp  
2711, Broschur,  
389 Seiten, ISBN:  
978-3-518-12711-7,  
16 Euro, erschienen  
10. 4. 2017



## NACHRICHT

### Baubesichtigung an der Jähnschule

Mitglieder der Fürstenwalder Linksfraktion nahmen an der Baubesichtigung der Sigmund-Jähn-Grundschule teil. In der Zwischenzeit ist der Großteil der auf der Basis von Schülerzeichnungen basierenden Fassadengestaltung fertiggestellt. Leider sind dabei auch schwerwiegende Ausführungsmängel bei der Fassadendämmung sichtbar geworden, die in diesem Zuge behoben werden. Leider steht der Stadt hier ein Rechtsstreit mit der Baufirma ins Haus. *Text/ Foto: DIE LINKE*



**MEINUNG**

**Rüstung tötet auch im Frieden**

Wolfgang Gehrcke, stellvertretender Vorsitzender der Fraktion DIE LINKE, zum Treffen der NATO-Verteidigungsminister in Brüssel

Wenn der Euro im Kasten klingt, die Aktie in die Höhe springt. Das könnte im Lutherjahr ein Motto des Treffens der NATO-Verteidigungsminister sein

Es geht um Geld, und zwar um viel Geld. Die Ausgaben für Rüstung werden für fast alle NATO-Mitgliedsstaaten in die Höhe getrieben. Für Deutschland bedeutet das eine Steigerung von aktuell 43 Milliarden auf bis zu 70 Milliarden Euro, wenn an dem Zwei-Prozent-Ziel festgehalten wird. Deutschland wird über die nukleare Planungsgruppe in die atomare Rüstung der NATO eingebunden und soll an der aggressiven NATO-Ukraine-Politik an vorderer Stelle agieren. NATO bringt keine Sicherheit, sondern produziert mehr und mehr Unsicher-



heit. Es geht nicht nur um die Gefahr künftiger drohender Kriege - diese Kriege finden bereits tagtäglich statt. Die aggressive NATO-Politik befördert kriegerische Konflikte. Statt auf die NATO und auf Geld für Aufrüstung muss Deutschland auf Abrüstung, Diplomatie und globalen sozialen Ausgleich setzen. Würde man das durch das Verteidigungsministerium letzte Woche freigegebene Geld von 13 Milliarden Euro zur Bekämpfung der Hungerkatastrophe in Ostafrika einsetzen, würde das die Chance aggressiver islamistischer Gruppen minimieren und zehntausenden Menschen das Leben retten. Die Friedensbewegung hat recht:

**Rüstung tötet bereits im Frieden.**

**Bayrische Amokläufe**

Wir mischen auf  
Tollheit ist unsere Passion  
in jedes Dorf  
stellen wir unsere Mauthütte  
und Windräder  
halten wir uns auf Abstand  
der Verkehrsminister  
ist ein anzugariertes Genie  
projektiert Verkehrswege  
mitten ins Klimadesaster  
mit Herdprämien  
konservieren wir  
die Rolle der Frau

Dank unserer Obergrenzen  
brechen wir Asylrecht  
wir wollen populistisches Profil  
von rassistischer Politik  
reden nur Übel-Wollende  
wir scheren uns nicht  
um christliche Werte  
denn wir werden verfolgt  
von rechts Außen  
Oberhirte Seehofer  
diniert mit Putin  
wegen der bayrischen Milch  
in Moskau kennt man sich aus  
mit totalitärer Regie  
Sanktionen gegen Kriegstreiber  
akzeptieren wir nicht

Manchmal jammern sie  
wie kleine Kinder  
wenn Kanzlerin Merkel  
ihnen das Spielzeug klaut

Welche lobenswerten  
Entscheidungen treffen Christsoziale?

Wie tief darf der EQ  
einer Partei sinken  
bevor man sie  
zu ihrer eigenen Sicherheit  
aus dem Verkehr ziehen muß?  
Haften die Wähler  
für die Eskapaden  
ihrer CSU  
die daherstürmt  
wie ein cholerischer  
Don Quichotte?

Wenn ja,  
dann würde es teuer,  
das Kreuz!

Marko Ferst  
Gosen  
9/2016

# Auf nach Berlin zur Fiesta de Solidaridad

Am 22. Juli 2017 feiert die AG Cuba Sí wieder ihre traditionelle „Fiesta de Solidaridad“ in Berlin.

Größer, bunter und vielfältiger wird die „Fiesta de Solidaridad“ in der Lichtenberger Parkaue in diesem Jahr werden. Das große Solidaritätsfest, organisiert von der AG Cuba Sí, ist über die Jahre zu einem Treffen der Soligruppen und Kubafreunde aus der gesamten Bundesrepublik geworden. Neu in diesem Jahr ist das „Internationales Dorf“, in dem sich die ALBA-Staaten vorstellen und die europäischen Solidaritätsgruppen ihre Projekte präsentieren. Ebenfalls neu ist eine zweite Bühne, die vor allem für Junge und Junggebliebene Anziehungspunkt sein soll. Hier

berichten u.a. Studierende über ihr Semester an der Technischen Universität in Havanna (CUJAE). Den ganzen Tag wird es auf der Fiesta Vorträge, Ausstellungen, Diskussionen und natürlich jede Menge Musik geben. Live dabei sind u.a. Damion Davis, Tapete, Boxi Total, Calum Baird (Schottland), DJ Usnavi – und am Abend spielen Conexión und Banda Bassotti (Italien). Bei der Soli-Tombola kann man mit etwas Glück wieder einen Flug nach Kuba gewinnen.

Nos vemos – wir sehen uns in Berlin zur „Fiesta de Solidaridad“!



**Fiesta de Solidaridad**  
22. Juli 2017, 14–22 Uhr  
Parkaue, Berlin-Lichtenberg

Wer die Fiesta unterstützen möchte, kann für 5 Euro unseren Solibutton kaufen.

Infos unter: <https://cuba-si.org/1743/fiesta-de-solidaridad>

## NACHRICHT

### Rabatte für 549 Freizeitangebote – Irlandia Storkow auf Platz 1

Neuer Familienpass Brandenburg erschienen

Der neue Familienpass Brandenburg 2017/2018 ist erschienen. Der beliebte Freizeit- und Ausflugsplaner bietet mindestens 20 Prozent Rabatt und teilweise sogar freien Eintritt für Kinder bei 549 Angeboten von Familienlebnissen in Brandenburg und Berlin. Familienministerin Diana Golze und Dieter Hütte, Geschäftsführer der TMB Tourismus-Marketing Brandenburg, stellten den neuen Familienpass heute im „Irlandia – der MitMachPark“ in Storkow (Mark) (Landkreis Oder-Spree) vor. Die ersten druckfrischen Exemplare übergaben sie dort Schülerinnen und Schülern.

Der 390-Seiten starke Pass ist vom 1. Juli 2017 bis zum 30. Juni 2018 gültig. Er ist ab sofort landesweit im Handel für 2,50 Euro pro Stück erhältlich. Der Pass erscheint bereits in der 12. Auflage (40 000 Exemplare). Wie in den Vorjahren wurde er in enger Kooperation von Familienministerium, TMB und zahlreichen Freizeit Anbietern erstellt.

Familienministerin Diana Golze sagte: „Der Familienpass ist für viele Brandenburgerinnen und Brandenburger zum treuen Begleiter für Ausflüge geworden. Beim Blättern und Stöbern entdeckt man jedes Mal wieder viele neue Ausflugsziele. Ob Kultur, Sport, Natur oder Spiel, für jeden Geschmack ist etwas dabei. Und mit seinen vergünstigten Angeboten ist der Familienpass vor allem

auch für kinderreiche Familien, Alleinerziehende und Großeltern hilfreich. Es ist schön und wichtig, wenn Familien mit ihren Kindern gemeinsam das Land erkunden und spannende Abenteuer erleben. Der Familienpass unterstützt sie dabei.“

TMB-Geschäftsführer Dieter Hütte sagte: „Der Familienpass Brandenburg bietet einen hervorragenden Überblick über Familien-Ausflugsziele und trägt dazu bei, dass die Brandenburgerinnen und Brandenburger auch künftig mit viel Freude ihr Land entdecken und erleben. Er ist auch ein idealer Kompass für die Ferien vor der eigenen Haustür und gibt Anregungen für ganz unterschiedliche Erlebnisse. Kinder und Familien sind in Brandenburg willkommen und zahlreiche Anbieter haben sich ganz speziell auf die Wünsche dieser Gäste eingestellt.“

Auszeichnung für die drei beliebtesten Familienpass-Anbieter: Im Rahmen des Familienpass-Gewinnspiels 2016 gaben über 1 000 Familien ihren Lieblings-Familienpassanbieter an. Demnach ist Irlandia – der MitMachPark der beliebteste Familienpass-Anbieter. Aus diesem Grund überreichten Ministerin Diana Golze und TMB-Geschäftsführer Dieter Hütte heute eine Urkunde an die Betreiber Evelin und Matthias Beier. Platz 2 der Umfrage belegt das Tropical Islands Resort und Platz 3 der Zoo-

logische Garten Eberswalde. Auch sie erhalten als Anerkennung eine Urkunde.

Von Abenteuerpark bis Zoo – der Familienpass gewährt Preisnachlässe von mindestens 20 Prozent auf den normalen Eintrittspreis bzw. 10 Prozent auf vorhandene Familienrabatte. Dazu enthält er viele Kinderfreikarten (bei einem vollzahlenden Erwachsenen).

Zu den neuen Höhepunkten im Brandenburger Familienpass gehören zum Bei-spiel der Bootsverleih „Rhinopaddel“ in Neuruppin, das Film-Theater Bad Freienwalde oder der Barfußpark Beelitz-Heilstätten.

Übersichtlich und farblich nach Kreisen und kreisfreien Städten geordnet lassen sich alle Angebote im Familienpass einfach und schnell nach Thema und Ort auffinden. Jeder Eintrag enthält eine Kurzbeschreibung, die Angabe von Normalpreisen und Familienpass-Rabatten/Coupons, Hinweise zu Öffnungszeiten und Anfahrten mit der Bahn sowie die Kontaktdaten des Anbieters.

Für Menschen mit Behinderungen sind barrierefreie Angebote mit Piktogrammen gekennzeichnet, darunter für Menschen mit Mobilitäts-, Seh- oder Höreinschränkungen sowie für Menschen mit Lernschwierigkeiten. Insgesamt wurden 348 Piktogramme vergeben. Zu allen Anbietern mit diesen Symbolen liegen detail-

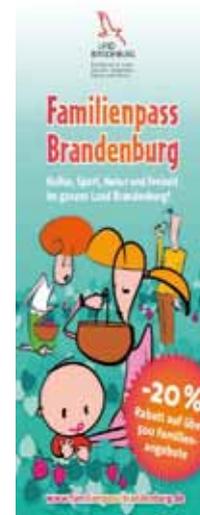
lierte und geprüfte Informationen zur Barrierefreiheit vor (weitere Informationen unter [www.barrierefrei-brandenburg.de](http://www.barrierefrei-brandenburg.de)).

Der neue Familienpass lockt auch wieder mit einem großen Gewinnspiel. Es winken rund 270 Preise von Rabattanbietern: von Eintrittskarten über Ausflüge bis zum Familien-Wochenende. Von Juli bis Dezember findet jeden Monat eine Auslosung statt.

Der Familienpass Brandenburg ist eine zentrale Maßnahme des Familien- und Kinderpolitischen Programms der Landesregierung.

*Erhältlich ist der Familienpass im Land Brandenburg: im Zeitschriftenhandel, in Schulen und Kindertagesstätten, in Touristeninformationen, bei den Lokalen Bündnissen für Familie, in Buch- und Spielzeughandlungen, bei Rabattanbietern, in Bibliotheken und in allen Filialen von Getränke Hoffmann. Im Internet lässt er sich unter [www.familienpass-brandenburg.de](http://www.familienpass-brandenburg.de) bestellen.*

*Quelle: Presseinformation des Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit, Frauen und Familie*



## Alles öffentlich im Kreistag LOS

DIE LINKE-Fraktion im Kreistag Oder-Spree

Öffentl. Fraktionssitzung: 15.7., genauen Zeitpunkt und Ort bitte in der Fraktionsgeschäftsstelle erfragen

Fraktionsgeschäftsstelle: Mühlenstraße 15,  
15517 Fürstenwalde,  
Telefon (0 33 61) 3 30 69,  
Fax (0 33 61) 34 26 24

### Sitzungen im Juni/Juli 2017

Im Monat Juli finden planmäßig keine Ausschusssitzungen und keine Sitzung des Kreistages Oder-Spree statt.

## Herzlichen Glückwunsch

zum Geburtstag im Juli 2017



9.7. Inge Heinrich	Fürstenwalde	87 J.
12.7. Christel Eichhorn	Eisenhüttenstadt	96 J.
16.7. Waltraud Hochmuth	Woltersdorf	82 J.
17.7. Hans-Dieter Radtke	Bad Saarow	92 J.
18.7. Werner Thieme	Grünheide, OT Mönchwinkel	80 J.
18.7. Gottfried Walther	Erkner	81 J.
19.7. Werner Lins	Erkner	89 J.
22.7. Marie Bühring	Erkner	83 J.
26.7. Edeltraut Sarge	Grünheide, OT Finkenstein	86 J.
27.7. Ruth Brämick	Eisenhüttenstadt	88 J.
28.7. Werner Ohl	Fürstenwalde	90 J.
28.7. Elfriede Pampel	Storkow	81 J.
29.7. Norbert Fischer	Mixdorf	60 J.
29.7. Anny Przyklenk	Woltersdorf	75 J.
31.7. Werner Mende	Eisenhüttenstadt	81 J.
31.7. Willy Zeige	Beeskow	81 J.

## DIE LINKE Oder-Spree

### ■ Kreisgeschäftsstelle

Mühlenstraße 15 • 15517 Fürstenwalde  
Telefon (0 33 61) 3 30 69 • Fax (0 33 61) 34 26 24  
E-Mail: [kontakt@dielinke-oder-spree.de](mailto:kontakt@dielinke-oder-spree.de)

geöffnet: Mo. 10–12 u. 13–16 Uhr, Di. 10–12 u. 13–16 Uhr  
Do. 10–12 Uhr, u. nach telefonischer Vereinbarung  
Kasse: Do. 10–12 Uhr

### ■ Gebietsgeschäftsstelle Beeskow

Bahnhofstraße 29 • 15848 Beeskow  
Telefon: (0 33 66) 2 02 02  
E-Mail: [kontakt@linke-beeskow.de](mailto:kontakt@linke-beeskow.de)  
geöffnet: Di. 10–12 Uhr, Do. 14–16 Uhr

### ■ Gebietsgeschäftsstelle Eisenhüttenstadt

Lindenallee 30 (Rotes Café) • 15890 Eisenhüttenstadt  
Telefon: (0 33 64) 4 42 51  
E-Mail: [dielinke-ehst@t-online.de](mailto:dielinke-ehst@t-online.de)  
geöffnet: Mo. und Do. 15–18 Uhr

[www.dielinke-oder-spree.de](http://www.dielinke-oder-spree.de)

## NACHRICHT

### Fortschritt für die Gewässerunterhaltung

Zum aktuellen Stand der Novellierung des Brandenburgischen Wassergesetzes erklären für die Koalitionsfraktionen die Mitglieder des Umweltausschusses Wolfgang Roick (SPD) und Anke Schwarzenberg (DIE LINKE):

Der Gesetzentwurf der Landesregierung bietet eine gute Grundlage für die notwendigen Neuregelungen im Bereich der Wassernutzung und Gewässerunterhaltung. Anhörungen in den Landtagsgremien, Gespräche mit Beteiligten und die Beratungen in den Koalitionsfraktionen haben zugleich Änderungsbedarf ergeben. Im Interesse einer gerechteren Verteilung der Gewässerunterhaltungskosten und bei der Mitgliedschaft in den Gewässerunterhaltungsverbänden werden wir im parlamentarischen Verfahren noch Anpassungen vornehmen. Grundstückseigentümer sollen zukünftig auf Antrag direkt Mitglied in den Gewässerunterhaltungsverbänden werden können. Damit können sie in der Verbandsversammlung besser an Entscheidungen mitwirken und eine Kontrollfunktion ausüben. Der Einfluss der Gemeinden auf die Gewässerunterhaltung bleibt dabei gewahrt.

Außerdem soll es den Gewässerunterhaltungsverbänden ermöglicht werden, die Differenzierung der Beiträge selbst zu regeln. Sie können das bisherige System beibehalten, dann hängt die Höhe des zu zahlenden Beitrages im Wesentlichen von der Größe der zu veranlagenden Fläche ab. Waldflächen werden bereits durch die im Regierungsentwurf vorgesehene Regelung privilegiert. Eine weitere Beitragsdifferenzierung nach Nutzungsarten wird nach Maßgabe einer zu erlassenden Rechtsverordnung möglich sein. Damit werden die Rechte der Verbandsmitglieder gestärkt, und die örtlichen Besonderheiten können berücksichtigt werden. Die Regelung verbindet den Gesetzentwurf der Landesregierung mit einem von Landnutzerverbänden, dem Städ-

te- und Gemeindebund und dem Landeswasserverbandstag eingereichten Verbändevorschlag.

„Die neuen Regelungen stellen einen Paradigmenwechsel bei der Gewässerunterhaltung dar“, erklärt der umweltpolitische Sprecher der SPD-Fraktion Wolfgang Roick. „Wir ermöglichen erstmals eine vorteils- und verursachergerechte Umlage der Kosten, so wie wir es im Koalitionsvertrag vereinbart haben. Mein Dank richtet sich an die Verbände. Ich hoffe weiter auf eine konstruktive Zusammenarbeit mit ihnen.“

Anke Schwarzenberg betont: „Der Verbändevorschlag war für unsere Änderungen hilfreich und eine wesentliche Grundlage unserer Entscheidung. Wir können allerdings nicht alle Vorschläge übernehmen, da wir auch andere Interessen zu berücksichtigen und eine rechtssichere Umsetzung zu gewährleisten haben.“

Die Novellierung des Brandenburgischen Wasserrechts wird zur Verbesserung weiterer Regelungen führen: Der Betrieb von Schöpfwerken, die der Wasserabführung dienen, wird nun als Aufgabe der Gewässerunterhaltung geregelt, ebenso wie der Betrieb von Stauanlagen, die der Erhaltung des Gewässers in einem den wasserwirtschaftlichen Bedürfnissen entsprechenden Zustand dienen. So werden Eigentümer der Anlagen entlastet und der Betrieb im Interesse der Allgemeinheit gewährleistet. Um die Interessen Betroffener bei der Ausweisung von Wasserschutzgebieten zu verbessern, werden die Verfahrensschritte konkretisiert. Auf Grundlage einer Verordnung soll zukünftig das Befahren nichtschiffbarer Gewässer mit kleinen Motorbooten zulässig sein.

### IMPRESSUM:

Herausgeber: Arbeitsgruppe „WIDERSPRUCH“ im Kreisverband DIE LINKE Oder-Spree,  
Mühlenstraße 15, 15517 Fürstenwalde, Tel. (0 33 61) 3 30 69, Fax (0 33 61) 34 26 24,  
E-Mail: [kontakt@dielinke-oder-spree.de](mailto:kontakt@dielinke-oder-spree.de)

Redaktion: Peter Hochmuth (V.i.S.d.P.), Tel. (0 33 62) 55 96, Fax 88 87 68, E-Mail: [p-w-hochmuth@t-online.de](mailto:p-w-hochmuth@t-online.de); Jürgen Strauß, Tel./Fax (0 33 62) 5 747 0 03, E-Mail: [Elvira\\_strauss@web.de](mailto:Elvira_strauss@web.de)  
Erscheinung: monatlich (11 x jährlich), Redaktionsschluss: 20. Tag des Vormonats; Auflage: 2.500

Satz: Heinz Schneider, 15537 Erkner, E-Mail: [Schneider.Satz@t-online.de](mailto:Schneider.Satz@t-online.de)  
Druck: Buch- und Offsetdruckerei Häuser KG, Venloer Straße 1271, 50829 Köln  
„WIDERSPRUCH“ wird aus Leserspenden finanziert (Herstellungskosten pro Ausgabe durchschnittlich 0,58 €, im Jahr 7 €). Die Redaktion behält sich vor, Zuschriften zu kürzen oder redaktionell zu überarbeiten. Nicht redaktionelle Artikel geben nicht immer die Auffassung der Redaktion wieder. Alle Leser werden gebeten, Spenden unter dem Stichwort „WIDERSPRUCH“ auf das Konto IBAN: DE22170550503410533965, BIC: WELADEDILOS bei der Sparkasse Oder-Spree, auf Spendenlisten der Partei DIE LINKE Kreisverband Oder-Spree oder in der Kreisgeschäftsstelle DIE LINKE (Mühlenstr. 15, 15517 Fürstenwalde) einzuzahlen. Höhere Spenden sind immer willkommen.

## Grundschulen in Fürstenwalde

# Fehlende Plätze und Konzeptionen

Die Situation an den Fürstenwalder Grundschulen kocht seit Wochen hoch, seitdem bekannt ist, dass es zu viele Anmeldungen von Erstklässlern für die Gerhard-Goßmann-Grundschule in Fürstenwalde-Süd mit Blick auf das Schuljahr 2017/18 gibt und 23 Familien eine Absage erhielten. Die Situation an den Grundschulen der Stadt sind seitdem auf extreme Art und Weise in den Fokus der Kommunalpolitiker\*innen gerückt. Die Linksfraktion in der Stadtverordnetenversammlung reagierte sofort: Mit einer öffentlichen Fraktionssitzung, mit vielen Gesprächen mit Betroffenen und letztendlich mit einem Antrag, der eine Vielzahl an kurz- und mittelfristigen Lösungen enthält. Mit dem Fraktionsvorsitzenden, Stephan Wende, hat „Widerspruch“ ein Interview geführt.

**I**n Fürstenwalde fehlt es an Grundschulplätzen, die Eltern protestieren. wie konnte es zu dieser Situation kommen?

Ausgangspunkt ist sicher eine wünschenswerte Situation: Fürstenwalde hat die Wende weg von einer schrumpfenden Stadt hin zu einer wachsenden Stadt geschafft. Innerstädtisch gewollte Verdichtung, die Ausweisung und Entwicklung neuer Wohngebiete in und um Fürstenwalde herum sind attraktiv gerade

für junge Familien, die mit Kindern zu uns ziehen. Damit wächst aber auch der Druck auf die soziale Infrastruktur in der Stadt. Im Freizeit- aber auch im Bildungsbereich.

Dies wurde in der Stadtentwicklung genauso wenig beachtet wie im zuständigen Fachamt. Dabei war die Situation mehr als absehbar, denn schon vor zwei Jahren, erwiesen sich sämtliche Bedarfsprognosen im Kita- und Hortbereich als falsch. Und dass fehlende Kita-plätze über kurze Zeit zu fehlenden Grundschul- und perspektivisch sicher auch zu fehlenden weiterführenden Schulplätzen führen, hätte jedem spätestens hier klar sein müssen. Die Kommunalpolitiker wiesen in der Vergangenheit hierauf hin. Leider ohne Erfolg. Initiativen und Anträge von LINKEN, SPD, BFZ und CDU wurden immer wieder seitens der Stadtverwaltung abgegebügelt. Das rächt sich nun.

Und der Versuch der Stadt, sich durch Aufkündigung der Schulverträge mit den Umlandgemeinden aus der Affäre zu ziehen, ist ebenso unfair wie falsch.

**D**ie Aufkündigung der Verträge ist vom Tisch. Wie kam es dazu?

Sicher mit dem Antrag unserer Fraktion, in dem es unter anderem

heißt: *Die Aufkündigung der Verträge ist der falsche Weg, weil somit kein Problem gelöst noch ein notwendiger Grundschulplatz mehr entsteht. Die Stadtverordnetenversammlung lehnt diese Drucksache ab. Vielmehr bedarf es im Interesse der Eltern und insbesondere der Schüler\*innen ein koordiniertes und kooperatives Handeln aller Beteiligten. Daher schlagen*

Fortsetzung auf  
Seite 20 →

### MEINUNGEN LINKER STADTVERORDNETER

#### Oder doch Container ...?

##### ■ Das sagt Monika Fiedler

Die Containerlösung könnte durchaus begrüßenswert sein, wenn es gelänge auch die Kinder Geflüchteter in unserer Stadt wohnortnah zu beschulen. Ein Teil dieser Kinder, die bereits als junge Menschen schon Erfahrungen machen mussten, die wir nicht kennen, besucht gegenwärtig Schulen, die ebenfalls weit von ihren Wohnorten in Süd entfernt sind. Der Besuch der Gerhard-Goßmann-Grundschule könnte einen Schritt in Richtung Integration bedeuten.

##### ■ Das sagt Gerold Sachse

##### Nicht kleckern ...

Dass in Süd die Gerhard-Goßmann-Grundschule aus allen Nähten platzt, ist bekannt. Schon jetzt kann die Schule nicht mehr alle angemeldeten Erstklässler aufnehmen. Schon jetzt werden viele Kinder aus Familien Geflüchteter nach Nord zur Schule gefahren, weil wohnortnah kein Platz vorhanden ist. Dabei wäre ihre Integration möglicherweise einfacher, wenn sie auf mehrere Schulen verteilt wären.

Der Zuzug junger Familien – auch in Langewahl und Rauhen – wird die Schulprobleme in Süd in den nächsten Jahren noch verschärfen, auch wenn es insgesamt gesehen in Fürstenwalde genügend Kapazitäten in den Schulen gibt.

Der Landkreis will eine neue Oberschule bauen; neuerdings wird auch darüber nachgedacht, ein Schulzentrum zu errichten, das auch die Grundstufe umfasst. Dies würde Entlastung bringen, aber erst in frühestens drei Jahren.

Was tun bis dahin?

Bis jetzt wird als Lösung des Problems darüber nachgedacht, die Kinder nach Nord zu fahren. In diesem Jahr 25, im nächsten Jahr 50, im dritten Jahr 75, denn es kommt jedes Jahr eine neue erste Klasse hinzu.

Ich meine, dass das Unsinn ist. Das Problem besteht in Süd und nur dort. Man muss aufhören, an Symptomen herumzudoktern.

Die Frage ist: Besteht die Möglichkeit, die Kapazität der Gerhard-Gossmann-Grundschule so massiv zu erweitern, dass nicht nur der Zusatzbedarf für die nächsten 3 bis 5 Jahre gedeckt werden kann, sondern auch gleich der dort herrschende allgemeine Platzmangel beseitigt werden kann?

Schnell geht eine Containerlösung. Es gibt da Qualitätsunterschiede, die beachtet werden müssen. Für Schüler und Lehrer muss ein vernünftiges Arbeitsklima da sein. Da darf man nicht auf den Pfennig sehen. Und es muss allen klar sein, dass man dazu nicht nur 2-3 solcher Container braucht, um die dringende Not abzufangen. Nicht kleckern, klotzen heißt die Devise. Auch wenn es nur eine Übergangslösung ist. Aber sie hat dann Hand und Fuß.

## Zucker-Kasten



Grundschulen in Fürstenwalde (Fortsetzung von Seite 19)

## Fehlende Plätze und Konzeptionen



Die Gerhard-Goßmann-Grundschule in Fürstenwalde, Foto: Christoph Ulbricht

*wir eine gemeinsame Grundschulentwicklungsplanung vor, die helfen soll statt lokaler/kommunaler Alleingänge hier eine nachhaltige Grundschulentwicklungsstrategie zu entwickeln und umzusetzen.*

Es mutet doch als Witz an, dass die Stadt Fürstenwalde als Mittelzentrum und erfolgreiche Akteurin im Stadt-Umland-Wettbewerb (SUW) keine wichtige Verantwortung in der Entwicklung der Bildungsregion übernimmt. Gerade mit unseren Kindertagesstätten, Grund- und Oberschulen, dem Gymnasium und dem Oberstufenzentrum aber auch den Einrichtungen der Aus- und Weiterbildung sind wir ein wichtiger Bildungsstandort. Die Entwicklung Fürstenwaldes und der Region hängt ganz klar auch von den Bildungschancen ab, die den hier lebenden bzw. perspektivisch in Fürstenwalde lebenden Menschen geboten werden.

Siehe auch Bildnachricht auf Seite 15

- Gerhard-Goßmann-Grundschule  
80 Zusagen: 64 aus eigenem Einzugsgebiet, 10 aus Langewahl, 2 aus Rauen; 4 aus Einzugsgebiet der Theodor-Fontane-Grundschule; 23 Absagen
- Theodor-Fontane-Grundschule  
78 Zusagen: 62 aus eigenem Gebiet, 3 aus Rauen; aus anderen Einzugsgebieten: 4 Gerhard-Goßmann-, 8 Sonnen-, 1 Sigmund-Jähn-Grundschule
- Sonnengrundschule  
77 Zusagen: 36 aus eigenem Gebiet, 19 aus Steinhöfel; aus anderen Einzugsgebieten: 13 Theodor-Fontane-, 5 Gerhard-Goßmann-, 4 Jähn-Grundschule; 4 freie Plätze
- Sigmund-Jähn-Grundschule  
35 Zusagen, davon 24 aus eigenem Gebiet, 1 aus Steinhöfel; aus anderen Einzugsgebieten: 6 Sonnen-, 2 Gerhard-Goßmann-, 2 Theodor-Fontane-Grundschule; 45 freie Plätze

Insgesamt bieten Fürstenwaldes Schulen, die einen Schulbezirk bilden, genug Platz für alle Erstklässler – auch aus Rauen, Langewahl und Steinhöfel. Quelle: Stadtverwaltung

Daher muss Fürstenwalde diese Verantwortung gemeinsam mit den Umlandgemeinden wahrnehmen.

Das setzt mehr Kooperation, Planung und Abstimmung der beteiligten Kommunen voraus statt weniger.

Zum Schuljahr 2017/2018 ist nunmehr eine Grundschulentwicklungs-konzeption gemeinsam mit den Umlandgemeinden zu erarbeiten. In diesem Grundschulentwicklungs-konzept sollten die beteiligten Kommunen sich zur Kooperati-

on und gemeinsamen Planungsverantwortung bekennen. Es sollten gemeinsame inklusive Schulzentren explizit als gewollte Schulform benannt werden und kleine Klassen das perspektivische Entwicklungsziel sein.

*D*amit kann eine Perspektive entstehen. Doch wie geht es hier und jetzt weiter? Welche Vorschläge gibt es für die abgelehnten Kinder?

In der Diskussion stehen zur Zeit zwei Lösungen: Container oder ein Busshuttle an die Sigmund-Jähn-Grundschule. Sich hier zu entscheiden wird schwierig und wir sind in enger Abstimmung mit den betroffenen Eltern.

Als LINKE favorisieren wir im Moment die Lösung mit einer extra „Südklasse“ an der Sigmund-Jähn-Grundschule in Nord und somit den Busshuttle über die Umgehungsstraße, um somit in sieben Minuten an der Schule zu sein.

Vieles spricht dafür: Die Sigmund-Jähn-Grundschule ist „Schule für gemeinsames Lernen“, was ein besseres Lehrer\*innen-Schüler\*innen-Betreuungsverhältnis bedeutet. An der Jähnschule gibt es Schulsozialarbeit, Ressourcen für Hort- und außerschulische Bildungs- und Freizeitangebote.

Die Stadt hat als Schulträger in den letzten Jahren viel in der Sigmund-Jähn-Grundschule in neue Klassenräume, barrierefreien Zugang, in Sanitärräume und letztendlich auch in die Gebäudefassade investiert und so ist eine kleine Grundschulperle entstanden, die es zu entdecken und wert zu schätzen gilt. Mit dem Team um die Schul-

leiterin Tesch hat sich die Schule auch auf den Weg gemacht, das Schulkonzept zu entstauben und eine moderne Schule zu werden, wo Lernen wieder Spaß macht und die Schüler\*innen gerne sind.

Die Containerlösung, die im Moment von den Eltern stark gefordert wird, lehnt die Gerhard-Goßmann-Grundschule ab und verweist dabei auf schlechte Lernbedingungen in Containern und dass die Gerhard-Goßmann-Grundschule jetzt schon „aus allen Nähten platzt“. Der Schulleiter, Herr Olbrich, argumentierte sehr vehement und im Namen der gesamten Lehrerschaft gegen die Container-Lösung. Die Goßmannschule sei inzwischen mit 450 Kindern an der Kapazitätsgrenze angelangt, Fachkabinette gebe es nicht mehr, sie müssten als Klassenzimmer genutzt werden und die Container würden den Bewegungsfreiraum der Kinder weiter einschränken. Im Interesse der Kinder ist die Containerlösung scheinbar nicht.

*G*ibt es noch andere Überlegungen?

Keine die sofort greifen können. Aber eine Perspektive haben wir im Kreis und in der Stadt noch angeschoben: Der Landkreis plant in unmittelbarer Nähe zur Gerhard-Goßmann-Grundschule auf dem Areal des ehemaligen Finanzamtes den Neubau der Spree-Oberschule. DIE LINKE fordert seit längerem, dass dieser als gemeinsames Schulzentrum, also als gemeinsamer Grund- und Oberschulstandort, geplant werden soll. Nicht nur aber auch weil das Land 40 Prozent der Investitionssummen für Schulzentren-Neubauten übernimmt! Die dann leergezogene Spreeoberschule sollte als städtische Grundschule – vielleicht als Filiale der Gerhard-Goßmann-Grundschule – weitergeführt werden.

Somit haben wir perspektivisch sicher genügend Grundschulplätze für die Kinder aus Fürstenwalde-Süd in den alten und neuen Wohnquartieren, aber auch für die aus den Umlandgemeinden, wie Rauen und Langewahl.

Und es entsteht wieder Platz in der Sigmund-Jähn- und Sonnengrundschule für die Schüler aus Steinhöfel und Beerfelde.